

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 40
37. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
5. Oktober 1929

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rahter, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Telefon: Amt Hannover 6246.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Der Verbandstag in Bremen.

Bremen, 28. September.

Als den Verbandstag der Geschlossenheit und Festigkeit hat Larnow in seinem Schlußwort den soeben beendeten Verbandstag gefeiert. Und mit Recht. Die auf ungewöhnlich hohem geistigen Niveau stehenden Diskussionen haben auch dort, wo die Ansichten in Einzelheiten auseinandergingen, doch zum Ausdruck gebracht, daß im Grunde Einigkeit unter den Vertretern und Wortführern der Verbandsmitglieder besteht. Einigkeit in dem Ziele, das wir alle erstreben, der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Holzarbeiter und der Steigerung des Kulturstandes der arbeitenden Bevölkerung.

Wenn man Rechenschaft ablegen soll über die in der Verbandstagswoche geleistete Arbeit, dann findet man, daß die Zahl der positiven Beschlüsse im Grunde nicht sehr groß ist. Über 300 Anträge lagen dem Verbandstage vor, nahezu die Hälfte von ihnen fand nicht die erforderliche Unterstützung von mindestens 20 Delegierten, so daß sie von vornherein aus der Beratung ausschieden. Diese Tatsache sollte Veranlassung geben, Anträge, die man an den Verbandstag stellen will, in den Verwaltungsstellen mit noch größerer Sorgfalt zu prüfen. Aber auch von den unterstützten Anträgen fanden nur wenige die Zustimmung des Verbandstages. Das gilt insbesondere auch von den Anträgen, die eine Änderung der Verbandsstatuten bezweckten. Die Vorberatungskommission hat in der Woche vor dem Verbandstag gemeinsam mit dem Verbandsvorstand die vorliegenden Anträge eingehend geprüft. Der beste Beweis für die Gültigkeit der geleisteten Vorarbeit ist die Tatsache, daß der Verbandstag durchgängig den Vorschlägen der Kommission folgte.

Der leitende Gedanke für die Vorberatungskommission war, an den sozialen Einrichtungen des Verbandes nichts zu ändern. Mit der Einführung der Invalidenunterstützung ist ein gewisser Abschluß eingetreten. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, entspricht das finanzielle Ergebnis der Invalidenunterstützung den vorher angestellten Berechnungen und Schätzungen. Eine Änderung dieser Einrichtung kommt bei der Kürze ihres Bestehens nicht in Betracht, auch für den Ausbau der anderen sozialen Unterstützungen liegt zurzeit ein Bedürfnis nicht vor. Nur die Sätze der Streikunterstützung sind erhöht worden. Damit hat der Verbandstag dokumentiert, daß der Wille unter den Mitgliedern lebendig ist, die Waffe des Streiks scharf und schneidig zu erhalten.

Unsere diesjährige große Tarifbewegung ist dank unserer Kampfbereitschaft ohne Kampf zum Abschluß gebracht worden. Nachher, bei der Durchführung des Mantelvertrages, gab es Auseinandersetzungen, die auch jetzt noch nicht völlig abgeschlossen sind. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die uns nach der geltenden Rechtslage zustehende Befugnis, die Kostgeldsätze und die Ferien für die Lehrlinge tarifvertraglich zu regeln, die uns die Zünftler streitig zu machen suchen. Bereits ist man dabei, den Gewerkschaften das mühsam erkämpfte Recht auf dem Wege über das dem Reichstage vorliegende Berufsausbildungsgesetz wieder zu nehmen. Unser Verbandstag hat in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß er das Recht der Gewerkschaften, die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge tarifvertraglich zu regeln, mit Zähnen und Nägeln zu verteidigen gedenkt. Und er ist überzeugt, daß er mit den Gewerkschaften überhaupt und insbesondere auch mit der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterschaft in der gleichen Front steht.

Der Verbandstag hat zur Arbeitslosenverflechtung Stellung genommen und sich ausdrücklich mit der Stellung einverstanden erklärt, die der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bisher in dieser Angelegenheit eingenommen haben. Das wichtige Problem

der Rationalisierung hat der Verbandsvorsitzende, Kollege Larnow, in einem gründlichen und formvollendeten Vortrag entwickelt, ohne jedoch, wie er selbst zugab, dieses weitwichtige Gebiet nach allen Richtungen vollständig zu erschöpfen. Die Fortschritte der Technik und der Arbeitsorganisation, die man unter dem Begriff der Rationalisierung zusammenfaßt, wirken sich zunächst in einer starken Steigerung der Arbeitslosigkeit aus. Trotzdem begrüßen wir die Rationalisierungsbestrebungen. Zur Überwindung der mit ihnen verbundenen Übel müssen wir die gewerkschaftlichen Machtmittel stärken und den Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat und Gesetzgebung steigern.

Besondere Erwähnung verdient die äußere Aufmachung des Verbandstages. Die Bremer Verwaltungsstelle hat sich große Mühe gegeben, den Delegierten den Aufenthalt am Tagungsort angenehm zu machen, und das ist den Kollegen in vollem Maße gelungen. Darüber hinaus haben wir aber in Bremen eine Neuerung erlebt. Während sich bisher die öffentlichen Behörden um unsere Verbandstage nicht kümmerten, wurde der Verbandstag in Bremen vom Senat und von der Arbeiterkammer, die gleichfalls eine staatliche Einrichtung ist, nicht nur bei der prächtig verlaufenen Eröffnungsfeier begrüßt, beide Körperschaften veranstalteten auch Empfänge für die Teilnehmer am Verbandstag. Ihnen schlossen sich in dieser Richtung die städtischen Behörden und unsere Verwaltungsstelle Bremerhaven an. Wenn die Bewältigung dieses Beiprogramms auch beinahe des Guten etwas viel war, so war der Dank, den der Verbandsvorsitzende in seinem Schlußwort an die in Frage kommenden Stellen richtete, wohl begründet. Soweit hierbei die Behörden in Frage kommen, so registrieren wir die dem Verbandstage gewidmete Aufmerksamkeit als ein Zeichen der Wertschätzung, die sich die Arbeiterschaft und ihre Organe nunmehr auch an diesen Stellen errungen haben.

Der Verbandstag ist zu Ende. Er hat die Vertreter der Kollegenschaft einig und geschlossen gezeigt. Möge dieser Geist der Einigkeit und Geschlossenheit in unsern Reihen fortwirken. Unserm Verbands- und der gesamten Arbeiterschaft stehen noch schwere Aufgaben bevor. Wir werden sie um so leichter erfüllen und den Aufstieg der Arbeiterklasse um so kräftiger fördern, je besser wir den Geist der Einigkeit und Geschlossenheit pflegen.

Verhandlungsbericht.

Dem Verbandstage voraus ging eine Sitzung des Verbandsrats. Die Tagung begann am Sonnabend, dem 21. September, nachmittags, sie währte bis zum späten Abend und mußte am Sonntag morgen fortgesetzt werden. Gegenstand der Beratung waren einige wichtige Fragen, zu denen der Verbandstag Stellung zu nehmen haben wird. Schon vor der Beiratung hat in der Woche vor dem Verbandstag die von den Delegierten in schriftlicher Abstimmung gewählte Vorberatungskommission in Berlin getagt und die gesamte Tagesordnung sowie die vorliegenden Anträge einer gründlichen Vorprüfung unterzogen.

Die Eröffnung des Verbandstages erfolgte in herkömmlicher Weise im Rahmen einer festlichen Veranstaltung. Im großen Glodensaal, einem modernen, vornehm ausgestatteten Konzertsaal, wurde den Delegierten und den zahlreich mit ihren Angehörigen erschienenen Bremer Kollegen in Gestalt eines erlebten Programms ein köstlicher Ohrenschmaus bereitet. Nachdem der Bevollmächtigte der Bremer Verwaltungsstelle, Kollege Schlüter, den Verbandstag begrüßt hatte, hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Larnow, die Eröffnungsrede, an welche sich sofort die Konstituierung des Verbandstages angeschlossen. Ihm folgte der Senator Sommer, der den Verbandstag namens des Senats der Republik Bremen, zugleich aber auch namens des Ortsausschusses des ADGB, begrüßte, dessen Vorsitzender er ist. Die gesamte Eröffnungsfeier wurde durch den Rundfunk übertragen, so daß auch viele auswärtige Kollegen die Möglichkeit hatten, am Empfangsapparat der Veranstaltung zu folgen.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 23. September.

Die eigentlichen Arbeiten des Verbandstages begannen am Montag morgen. In dem prächtigen Volkshaus, das sich die Bremer Arbeiterschaft vor kurzem errichtet hat, hat das Parlament der Holzarbeiter seine Stätte gefunden. Der Saal ist stimmungsvoll mit rotem Tuch dekoriert. Von der Stirnseite des Saales, hinter dem erhöhten Podium, auf welchem die Mitglieder des Verbandsvorstandes und das Bureau Platz genommen haben, grüßen alte Fahnen von Vereinen, die in unseren Holzarbeiter-Verband aufgegangen sind, darunter die Fahne des Tischler-Vereins vom Jahre 1873.

Die Verhandlungen beginnen mit der Bestätigung des gestern gewählten Bureaus und der Wahl der Kommissionen. Zu Vorsitzenden sind gewählt: Schlüter (Bremen) und Larnow. Als Schriftführer fungieren die Kollegen Klinger (Königsberg), Ehrendorf (Berlin), Schulz (Freiburg i. Sa.), Margfeld (Wilhelmshaven), Forthuber (Frankenthal), Herzog (Klips). Die Mandatprüfungskommission setzt sich zusammen aus den Kollegen: Geißler (Langensl.), Sims (Johanngeorgenstadt), Brenneke (Goslar), Müller (Hamburg), Schumann (Sameln), Göh (Dachau). In die Beschwerdekommision werden gewählt die Kollegen: Spill (Danzig), Beder (Hofst.), Dorn (Berlin), Selter (Gotha), Bahner (Hannover), Schulze (Suttgart), Groß (Augsburg).

Als Gäste nehmen an dem Verbandstag teil: Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund dessen Zweiter Vorsitzender, Peter Graßmann. Von ausländischen Bruderorganisationen sind erschienen: D. Merson (Manchester), Amalgamated Society of Woodworkers (Bautischler und Zimmerer), Aug. Lindberg (Stockholm), Svenska Sagerkarbetareförbundet (Sägemühlensarbeiter), Wilborg (Stockholm), Svenska Byggnadsarbetareförbundet (Bauhölzler), Ugel Strand (Stockholm), Svenska Träindustriarbetareförbundet (Holzarbeiter), Martin Petersen (Kopenhagen), Dansk Træarbejder Sekretariat, W. S. Petersen (Kopenhagen), Træindustriarbejderforbundet i Danmark (Sägemühlensarbeiter und Maschinenschleifer), J. Spaltman (Amsterdam), Allgemeine Niederländische Bond van Meubelmakers, Behangers en amswerante Vakgenooten (Möbelarbeiter), Eduard Gries (Reichenberg), Verband der Holzarbeiter und Drechsler in der Tschechoslowakei.

Der Verbandstag beginnt seine Tätigkeit mit der Feststellung der Geschäftsordnung; sie wird ebenso wie die vorgesehene Tagesordnung nach dem Vorschlage des Verbandsvorstandes unverändert angenommen. Nach dem Vorschlage der Vorberatungskommission wird die Arbeitslosenversicherung im Rahmen des Vorstandsberichts erörtert werden. Hierzu wird Genosse Graßmann, der Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages ist, einleitende Ausführungen machen.

Nach Erledigung der Formalien begrüßt Graßmann den Verbandstag namens des ADGB. Es folgen dann Begrüßungsansprachen, zunächst der ausländischen Gäste. Es sprechen nacheinander die Kollegen Martin Petersen (Kopenhagen), Merson (Manchester), Spaltman (Amsterdam), Gries (Reichenberg in Böhmen). Namens der Bremer Arbeiterkammer wird der Verbandstag von Schulze, namens der sozialdemokratischen Parteiorganisation und ihrer parlamentarischen Vertretung von Ethe begrüßt. Allen Rednern wird durch lebhaften Beifall gedankt.

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten. Zum

Bericht des Verbandsvorstandes

nimmt Larnow das Wort, der seine Ausführungen mit einem Nachruf für die seit dem letzten Verbandstag verstorbenen Kollegen einleitet, den die Delegierten stehend anhören. Die Zahl der Verbandsmitglieder ist seit dem Verbandstag in Frankfurt a. M. von 278 000 auf nahezu 320 000 gestiegen. Dieser Fortschritt ist um so beachtlicher, als die Geschäftslage der Holzindustrie in den letzten zwei Jahren viel zu wünschen übrigließ. Im Jahresdurchschnitt 1926 waren von den Verbandsmitgliedern 27,5 Prozent arbeitslos, dazu kamen noch die vielen Kurzarbeiter. In der Folgezeit ging die Arbeitslosigkeit zurück, im Monat August betrug sie noch 15 Prozent. Wie die Lage im kommenden Winter sein wird, läßt sich nicht voraussagen, rosig sind die Aussichten aber jedenfalls nicht. Die allgemeine Werbekampagne im Herbst hatte einen guten Erfolg. Aber die Größe unseres Agitationsgebietes geben uns die Ergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung einigen Anhalt. Danach stehen noch einige hunderttausend Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen unserem Verbands fern. Ein großer Teil davon lebt und arbeitet auf dem flachen Lande, wo wir mit unserem heutigen Organisationsapparat schwer herankommen. Um die ländlichen Massen intensiver bearbeiten zu können, müßten wir die Zahl der Angestellten stark erhöhen, das ist aber nicht ohne weiteres möglich, aus sachlichen und moralischen Gründen. Aber es gibt auch in den uns jetzt schon erreichbaren Betrieben noch zahlreiche Unorganisierte. Hier muß zunächst Wandel geschaffen werden. Es ist erstaunlich, mit welcher Loyalität unsere Mitglieder in den Betrieben und im gesellschaftlichen Verkehr die Un-

organisierten neben sich dulden. Dabei sollte es doch jedem einleuchten, daß ihm der unorganisierte Nachbar das Geld aus der Tasche stiehlt, daß er seine eigenen Opfer für den Verband vergrößern muß, weil der andere seinen Anteil verweigert. Ganz zu schweigen von der Unmoral und Schädlichkeit dieser Indifferenten, die doch meistens in voller Erkenntnis der Zusammenhänge zwar die Erfolge der Organisation gern in die Tasche stecken, sich aber um die Zahlung des Beitrages drücken.

Leider findet der gewerkschaftliche Indifferentismus eine Stütze durch den politischen Radikalismus. Wenn in der kommunistischen Presse die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit und Erfolge tagtäglich heruntergerissen und beschimpft werden, dann müssen die Unorganisierten ja direkt abgeschreckt werden, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Von jener Seite wird ihnen geradezu suggeriert, daß sie als Unorganisierte viel tüchtigere Klassenkämpfer sind als die Gewerkschaftsmitglieder. Damit ist eine Unmoral in die Bewegung hineingebracht worden, die eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft bedeutet. Gegen diese moralische und organisatorische Zerstörungsarbeit müssen wir uns wenden. In unserem Verbands haben wir ja erfreulicherweise im allgemeinen mit den kommunistischen Quertreibern weniger zu tun als manche andere Gewerkschaften. Wir haben zwar mit Aufmerksamkeit, aber ohne Hervorstößigkeit die Tätigkeit unserer sogenannten Opposition beobachtet, wir hatten dabei immer das beruhigende Gefühl, daß sie nichts hinter sich habe. Wo schwere Übergriffe gegen die Disziplin und die lebenswichtigen Verbandsinteressen vorgekommen sind, haben wir zugegriffen. Wir haben in den letzten beiden Jahren 20 Ausschüsse aus solchem Unfug durchzuführen müssen. Gemessen an der Sätigkeit der Opposition ist das gewiß ein Beweis von sehr großer Duldsamkeit.

Die vom Frankfurter Verbandstage beschlossene Beitragsreform hat sich bewährt. Mit Genugtuung können wir auch feststellen, daß die von manchen Kollegen geäußerte Befürchtung, daß in den Verwaltungsstellen die Neuregelung des Beitragswesens dazu benutzt werden könnte, mit der Beitragshöhe herunterzugehen, unberechtigt war. Der Hauptkassenanteil betrug im letzten Vierteljahr vor der Reform im Gesamtdurchschnitt 71,9 Pf., im ersten Vierteljahr nach der Reform aber 82,3 Pf. Auch die Einnahmen der Lokalkassen sind gestiegen. Die Beitragsreform ist also für die Hauptkasse und für die Lokalkassen ein Vorteil.

Die Einführung der Invalidenunterstützung ist allgemein begrüßt worden. Schon heute können wir sagen, daß die Treue zum Verband, soweit sie überhaupt durch Unterstützungsanstaltungen gefördert werden kann, durch die Invalidenunterstützung ganz wesentlich gestärkt worden ist. Wenn sich mit Sicherheit auch nicht übersehen läßt, wie diese Unterstützungsanstaltung sich finanziell auf die Dauer auswirken wird, so können wir doch feststellen, daß unsere Berechnungen bisher gestimmt haben. Augenblicklich haben wir 370 Invalidenunterstützungsempfänger. Im Durchschnitt beträgt die Rente 9,50 Mt. Das ist gewiß nicht viel, aber für die jetzigen Empfänger, die ja noch keine Invalidenbeiträge gezahlt haben, doch eine sehr wertvolle Beihilfe, für die sie auch dankbar sind. Von den Unterstützungsempfängern stehen 29 im Alter von unter 40 Jahren, 683 stehen im Alter von 40 bis 60 Jahren. Etwa zwei Drittel der Empfänger haben ein Alter von mehr als 65 Jahren, und 1150 haben ein Lebensalter von über 70 Jahren.

Die Einrichtung der Branchenausschüsse beim Verbandsvorstand hat sich bewährt. Recht mangelhaft ist aber noch die Mitarbeit der Verwaltungsstellen. Erfreulich sind die Erfolge unserer Jugendbewegung. Die Zahl der örtlichen Jugendabteilungen wächst fortgesetzt. Ende 1926 waren es 108, ein Jahr später 128, Ende 1928 157, und gegenwärtig sind es rund 200. Viele Verwaltungsstellen haben in dieser Hinsicht aber noch viel zu tun. Mit den Jugendleitungen in den einzelnen Gauen haben wir gute Erfahrungen gemacht. Auch die Gaujugendtreffen haben großen Anklang gefunden. An dem ersten Reichsjugendtreffen anlässlich des Internationalen Holzarbeiterkongresses in Heidelberg waren 2500 Jugendliche beteiligt, die zeit ihres Lebens an diese erhebbende Kundgebung denken werden.

Die Film- und Lichtbildabteilung ist weiter ausgebaut worden. Durch die Vorführung von Filmen oder von Lichtbildern werden die Verbandsveranstaltungen belebt. In der letzten Zeit haben wir damit begonnen, eigene Filme herzustellen. Solche Unternehmungen kosten aber viel Geld, so daß wir nicht so arbeiten können, wie wir das gern möchten.

Der Verwaltungsbetrieb des Verbandes hat in der Berichtsperiode keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Am Jahresabschluss 1928 hatte der Verband einschließlich der Verwaltungsstellen 247 angestellte Funktionäre. Gemessen an der Mitgliederzahl und an den Verhältnissen in anderen Verbänden ist das zweifellos eine sehr bescheidene Ziffer. Vom Standpunkt der Verwaltungskosten aus gesehen ist das natürlich sehr günstig, aber vielleicht nicht so vom Standpunkt der Verbandsangelegenheiten aus, denen vielleicht doch eine zu starke Arbeitsleistung zugemutet wird. Das trifft auch auf die Vorstandskollegen zu. Wir müssen eine Vergrößerung des Angestelltenstabes im Hauptvorstandsbureau anstreben. Dies scheint augenblicklich an den Raumverhältnissen. Wir haben wohl ein großes Verbandsheim, das aber der Wohnungszwangswirtschaft mit unterliegt, so daß wir unser Bureau nicht oder nur gegen hohe Mieten vergrößern können. Wir haben uns sowohl im Vorstande als auch in der Beraterkommission sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt und sind zu dem Entschluß gekommen, den Verbandstag um Vollmacht zu ersuchen, gegen den Bau eines neuen Bureauhauses in Angriff zu nehmen.

Die Heranbildung von Funktionären haben wir als die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Wir haben die Abfertigung Kollegen in alle uns zugänglichen Bildungsanstalten delegiert. Im nächsten Frühjahr wird die 2. Klasse der VHS in Bernau bei Berlin fertig sein und in Betrieb genommen werden. Wir haben uns verpflichtet, mindestens 50 Schüler jährlich in diese Schule zu schicken, und denken dabei in erster Linie an Betriebsräte und Verbandsfunktionäre.

Die Arbeiterbewegung und insbesondere die Gewerkschaften sind weit aus den Verhältnissen hinausgewachsen,

in denen sie früher lebten. Die Umwandlung der Staatsverfassung wie auch die ökonomischen und sozialen Wandlungen haben grundlegend die Aufgaben und die Methoden der Arbeiterbewegung gewandelt. Das erfordert zunächst eine andere Erkenntnisgrundlage, ein Eindringen in die sozialökonomischen Zusammenhänge unserer Zeit. Die Grundeinstellung gegenüber der Wirtschaft und dem Staate ist positiver geworden. Nicht in dem Sinne, daß wir das gegenwärtige System anerkennen und bereit wären, uns damit abzufinden. Nein, positiver in dem Sinne, daß wir uns stark genug fühlen, auf dieses System einzuwirken, es fortzuentwickeln, umzuwandeln. Die Erfolge, die wir bisher erreicht haben, zeigen, daß wir mit unserer Politik auf dem richtigen Wege sind. (Lebhafte Beifall.)

Nach Beendigung des Vortrages wird Kenntnis gegeben von dem Eingang eines Antrages, einen Berichterstatter der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ zu den Verhandlungen des Verbandstages zuzulassen. Dieser Antrag wird gegen einige Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil der Berichterstatter einer von jenen Leuten ist, die wegen ihres gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens aus dem Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen werden mußten, ferner, weil die „Arbeiter-Zeitung“ dem Verbandstage einen „Begrüßungsartikel“ gewidmet hat, in welchem der Verband und seine Funktionäre in der schmutzigsten Art und Weise beschimpft werden.

In der Diskussion des Vorstandsberichts erhält als erster das Wort

Freigang (Berlin): Die sogenannte Werbung der Kommunisten für die Gewerkschaften ist Spiegelschere. Bei dem Streik der Klavierarbeiter und der Eisler in Berlin im Jahre 1928 haben Kommunisten, die Verbandsmitglieder waren, mit Flugblättern gegen uns gearbeitet. Wir mußten deshalb sieben Mitglieder aus dem Verband ausschließen. Um den Treibern der Kommunisten in unserem Verbands entgegenzuwirken, haben wir unser Ortsstatut geändert. Die Teilung des Beitrages in Verbands- und Ortsbeiträge hat sich nach unseren Erfahrungen nicht so günstig ausgewirkt, wie Larnow es darstellt. Wir haben in Berlin damit kein gutes Geschäft gemacht. Bei der Urabstimmung über die Einführung der Invalidenunterstützung hat Berlin trotz der lebhaften Gegenagitation der Opposition eine große Zahl von Ja-Stimmen aufgebracht. Das kommt daher, daß wir erfreulicherweise eine sehr große Zahl alter Mitglieder haben. In der Frage eines eventuellen Neubaus für das Verbandsheim sind die Gründe, die Larnow geltend gemacht hat, durchaus berechtigt. Eine räumliche Erweiterung des Verbandsbureaus ist notwendig.

Gerber (Klingenthal): Auch wir haben mit der Neuregelung des Beitrages keine günstigen Erfahrungen für die Lokalkasse gemacht. Trotz starker Steigerung der Mitgliederzahl hat das Beitragsaufkommen für die Lokalkasse nur geringe Fortschritte gemacht. Die Hauptkasse hat allein den Vorteil gehabt. In Klingenthal überwiegt die Harmonikaindustrie, deren Arbeiter an den Ort gebunden sind. Die zahlreichen Arbeiterinnen sind besonders schlecht entlohnt, so daß auch der niedrigste Beitrag für sie das Mehrfache eines Stundenlohnes ausmacht. Für sie muß der Lokaltbeitrag besonders niedrig gehalten werden. Wir müssen danach trachten, auch für die kleineren Branchen erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Die Folgen der Beitragsreform müssen abgemildert werden.

Somiecki (Halle): Die Nichtzulassung des kommunistischen Vertreters beweist, daß andere politische Meinungen bei uns nicht geachtet werden. Es ist richtig, daß viele Unorganisierte nur deshalb der Organisation nicht angehören, weil sie den Beitrag sparen wollen. Aber man muß zugeben, daß die Kommunisten recht haben, wenn sie sagen, daß wir die Unorganisierten brauchen. Beim Streik müssen die Unorganisierten vom Kapital unterstützt werden. (Seitertzeit.) Die etwa fünf Kollegen der Opposition, die hier sind, sind doch organisiert, man muß ihnen die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu äußern. Seit dem letzten Verbandstage ist der Reallohn nicht gestiegen. Die Republik ist kapitalistisch, wir erstreben den Sozialismus. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind die Stützen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wir brauchen keine Parolen aus Moskau, um die Verhältnisse in unserem Verbands zu regeln. (Sehr richtig!) Aufstand ist in der sozialen Entwicklung voraus. Die Verhältnisse sind allerdings noch nicht so, wie sie sein sollten. Daran tragen die kapitalistischen Hemmungen und auch die Sozialdemokraten die Schuld. Die Wahl der Delegierten in Berlin ist nicht demokratisch erfolgt.

Bräseman (Frankfurt a. d. O.): Unser Verbandsvorstand hat in der Berichtszeit gute Arbeit geleistet. Die Jugendbewegung muß aber noch stärker gefördert werden, trotz aller Fortschritte, die erzielt wurden. Wünschenswert ist insbesondere ein engeres Zusammenarbeiten der Jugendabteilungen im ADB. Auch wir in Frankfurt haben gelegentlich der Lohnbewegung bei Manz u. Gerstenberger mit den Kommunisten eigene Erfahrungen gemacht. In der entscheidenden Versammlung ist gegen unsere Vorschläge für die einflussreiche Taktik kein Einwand erhoben worden. Aber am anderen Morgen haben kommunistische Kollegen vor dem Betrieb Flugblätter verbreitet, in denen wir mit Schmutz beworfen wurden, zum Vergnügen der Unternehmer. Der Streik unterblieb schließlich, weil die verbleibende Differenz nur unbedeutend war. Die Kommunisten verlangten aber Streik und die Aufnahme von Unorganisierten in die Streikleitung. Im übrigen wäre es wünschenswert, wenn der Betrieb, der etwa 1400 Arbeiter beschäftigt, nicht so überlaufen würde.

Klinger (Königsberg i. Pr.): Auf dem vorigen Verbandstag zahlte ich noch zu denen, die sich der Illusion hingaben, daß man Kommunist und zugleich guter Gewerkschafter sein kann. Von dieser Illusion bin ich kurirt. In dem Augenblick, wo ein Kommunist gewerkschaftlicher Funktionär wird und seine Pflichten erfüllen will, wird er von der kommunistischen Partei gegangen, wenn er nicht selbst geht. Wir sind alle der Meinung, daß wir die Unorganisierten brauchen. Wir wollen sie in die Front der Klassenkämpfer einreihen, die Kommunisten aber wollen sie als Sturmböde gegen die Gewerkschaften benutzen. (Sehr richtig!) Es ist unmöglich, in der kommunistischen Partei ehrliche gewerkschaftliche Aufbauarbeit zu leisten. Wer gewerkschaftliche Arbeit leisten

will, muß Sozialdemokrat sein, er kann nicht bei den Kommunisten sein, deren Tätigkeit Bahnhofsarbeit ist. (Beifall.)

In der Nachmittagsagung wird die Diskussion unterbrochen zur Entgegennahme des

Rassenberichts.

Hauptkassierer Lehmann weist darauf hin, daß sein Bericht die beiden Jahre 1927 und 1928 umfaßt. In diesem Zeitraum wurden aus Beitrittsgebühren 82 624 Mt. vereinbart, aus Beiträgen für die Hauptkasse (ohne Invalidenzuschläge) 17 852 416 Mt., aus Invalidenbeiträgen 333 940 Mt. Die Bezirksbeiträge erbrachten 34 149 Mt., Zinsen 617 396 Mt., sonstige Einnahmen 72 529 Mt. Die Gesamteinnahmen betragen, ohne vorgetragenen Kassenbestand, 18 993 054 Mt. Die Ausgaben betragen für Streiks und Lohnbewegungen 3 078 814 Mt., für Arbeitslosenunterstützung 3 217 979 Mt., für Krankenunterstützung 1 493 359 Mt., für sonstige Unterstützungen 422 241 Mt., für die „Holzarbeiter-Zeitung“, die „Holzarbeiter-Jugend“ und die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ 731 365 Mt., für Agitation, Bezirkskosten und Gauvorstände 1 073 365 Mt., für Druckerarbeiten 188 729 Mt., für Konferenzen und Delegationen 214 858 Mt., für persönliche Verwaltungskosten 544 658 Mt., für sachliche Verwaltungskosten 165 953 Mt., an den ADB 179 925 Mt., an die Internationale Union 13 000 Mt., für sonstige Ausgaben 99 692 Mt. Die Gesamtausgaben betragen 11 424 025 Mt., die Mehreinnahmen demnach 7 569 029 Mt. Der Durchschnittsbeitrag für die Hauptkasse stieg von 74,2 Pf. im Jahre 1927 auf 83,7 Pf. im Jahre 1928. Der Redner führt dann aus, daß dem Wunsche der Ortsverwaltungen auf Abschaffung der Listenabrechnung vom Vorstand nach Möglichkeit Rechnung getragen werden wird, er kann aber nicht auf jede Kontrollmöglichkeit verzichten. Bedauerlich ist, daß die Ortsverwaltungen in der Behandlung der Unterstützungsbelege nicht die notwendige Sorgfalt erkennen lassen. Der Vorstand mußte in allen Fällen die Einhaltung der statistischen Vorschritt bezüglich der eigenhändigen Unterschrift der Unterstützungsempfänger fordern und kann auch in Zukunft auf die Einhaltung dieser Vorschrift nicht verzichten. Besonders oberflächlich wird auch die Auszahlung der Reiseunterstützung behandelt. In diesem Bestreben sollte man den Vorstand unterstützen.

Den Bericht des Ausschusses

erstattet Haug (Stuttgart). Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Nachträglich sind noch 7 Beschwerden gegen vom Vorstand beschlossene Ausschüsse aus dem Verband eingegangen. Der Ausschuß hat alle diese Beschwerden zurückgewiesen. Insgesamt hat der Ausschuß 47 Beschwerden zu erledigen gehabt. — Nunmehr folgt der

Bericht der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“:

Kayser: Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist auch in der letzten Berichtsperiode den Grundsätzen treu geblieben, nach denen sie seit jeher geleitet wurde. Ihre Aufgabe ist es, die Mitglieder zu belehren, vornehmlich in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, und sie in ihrem Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen. Als Organ der Arbeiterklasse hat die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht nur die Pflicht, selbst den Klassenstandpunkt zu vertreten, sie bemüht sich auch, bei den Lesern das Klassenbewußtsein zu wecken und zu vertiefen. Dabei tritt das eine Mal diese, das andere Mal die andere Aufgabe in den Vordergrund.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist die Nachfolgerin der „Neuen Arbeiter-Zeitung“, die im Jahre 1879 gegründet wurde. Sie hätte somit in diesem Jahre gewissermaßen ihr 50jähriges Bestehen feiern können. Noch ein zweites Jubiläum kann sie begehen. Entsprechend dem vom Verbandstag in Leipzig 1904 gefaßten Beschluß erfolgte zum 1. Januar 1905 der Umzug der „Holzarbeiter-Zeitung“ von Hamburg nach Stuttgart, an den Sitz des Vorstandes. Gegen die Zusammenlegung von Vorstand und Redaktion bestanden früher mancherlei Bedenken. Heute sind die Probleme, die damals die Gemüter erregten, vergessen. Die Redakteure sind nicht Mitglieder des Verbandsvorstandes, aber beide arbeiten in vollem Einvernehmen. Der Verbandsvorstand gilt als Beschwerdeinstanz gegenüber der Redaktion, an Stelle der verflochtenen Preiskommission. Er ist in dieser Eigenschaft aber noch nicht in Anspruch genommen worden, woraus man vielleicht schließen kann, daß die Mitglieder mit der Tätigkeit der Redaktion zufrieden sind.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat in den letzten Jahren ein anderes, moderneres Aussehen erhalten. Auch inhaltlich ist sie mit der Zeit fortgeschritten. Damit die Familienmitglieder an dem Verbandsorgan Interesse finden, ist ein Unterhaltungsbeleg eingeführt worden, was allgemein Anklang gefunden hat. Dem gleichen Zwecke dienen die Rubriken „Heim und Familie“ und „Gesundheit und Körperpflege“. Ein Gebiet, das früher in der „Holzarbeiter-Zeitung“ stiefmütterlich behandelt wurde, sind Fragen der Wirtschaftspolitik und der Holzwirtschaft. Heute legt die Redaktion auf die Behandlung dieser Gebiete den größten Wert, und sie bemüht sich, den Kollegen das Verständnis für diese Fragen zu erschließen.

Die Anträge, welche die Veröffentlichung von Verwaltungsstellenberichten über betriebstechnische und wirtschaftliche Fragen fordern, wenden sich mehr gegen die Verwaltungsstellen als gegen die Redaktion. Wir würden solche Berichte gern aufnehmen, aber wir erhalten keine. Die Mitarbeit der Kollegen und Kolleginnen an der „Holzarbeiter-Zeitung“ läßt überhaupt zu wünschen übrig. An Berichten über Versammlungen und festliche Veranstaltungen liegt uns nicht viel, es sei denn, daß ihr Inhalt die Mitglieder im ganzen Reich interessiert. Das ist aber nur selten der Fall. Auch die Forderung, über die Lohnbewegung des Verbandes besser zu berichten, richtet sich in erster Linie an die Gauvorstände und die Ortsverwaltungen. Wir haben die Funktionäre wiederholt gebeten, uns über den Stand und Abschluß größerer Bewegungen zu berichten, aber ohne Erfolg. Das ist bedauerlich im Interesse des Gesamtverbandes.

Verschiedene Anträge wenden sich gegen die Schreibweise der „Holzarbeiter-Zeitung“. Die Quelle, aus der diese Anträge fließen, ist bekannt. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist das Organ des Verbandes. Zu ihren Aufgaben gehört der Kampf gegen das Unternehmertum und die Kapitalgewalt. Aber auch der Abwehrkampf gegen die Schädlinge der Arbeiterbewegung, die die Kraft der Gewerkschaften zerstören wollen. Wenn unser Kampfsplaz auch vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiete liegt, so dürfen wir doch nicht die engen Beziehungen

zwischen Politik und Wirtschaft übersehen. Wir sind als Gewerkschafter an den Entscheidungen der Parlamente lebhaft interessiert. Von allen Parteien ist es allein die Sozialdemokratische Partei, die sich rücksichtslos und vorbehaltlos für die Forderungen der Gewerkschaften einsetzt. Deshalb erfüllt die „Holzarbeiter-Zeitung“ eine unabwiesbare gewerkschaftliche Pflicht, wenn sie, insbesondere bei den Wahlen, für die Sozialdemokratische Partei eintritt. Das ist bestimmt auch die Meinung der überwiegenden Mehrheit des Verbandstages und der gesamten Mitgliedschaft. Die Redaktion hat in der Berichtsperiode getan, was in ihren Kräften stand; sie erwartet in Ruhe das Urteil des Verbandstages. (Lebhafter Beifall.)

Nunmehr wird in die Diskussion über sämtliche gehörten Berichte eingetreten.

Wagner (Dresden): Die Hauptursache, daß wir an die Unorganisierten so schwer herankommen, sind die Streitigkeiten in der Arbeiterklasse. Jetzt ist man auf kommunistischer Seite dazu übergegangen, bei den Betriebsrätewahlen den Streit heraufzubeschwören. Wir mußten deshalb einige Mitglieder ausschließen. Die wirtschaftsfeindliche Bewegung sollte mehr beachtet werden. Ich hatte Gelegenheit, diese Bewegung an der Quelle, im Westen des Reiches, zu studieren. In Wiesdorf-Leverkusen gab es früher eine sehr gute Organisation. Die Dinta-Ingenieure haben es aber zuwege gebracht, diese Organisation zu zerstören. Man glaubt, daß die Wertgemeinschaften nur für die Großbetriebe in Betracht kommen, das Dinta hat sich weit höhere Ziele gesetzt, die die größte Wachsamkeit unserer Bewegung erfordern.

Schönfeld (Burgstädt) ist erstaunt, daß den Kommunisten hier solche Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Kommunisten bringen für ihre Bewegung große Opfer, man sollte ihnen nicht nachsagen, daß sie Streikbrecher seien. Man muß sich gegenseitig näherkommen. Die Schreibweise der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist dem Frieden nicht förderlich. Wir Kommunisten sind die einzigen, die die Gewerkschaften noch zusammenhalten. Wir lassen uns nicht austreiben, wir sind wie die Wanzen. (Große Heiterkeit.)

Schreiblmeier (Straubing): Die Jugendbewegung wurde in den letzten beiden Jahren ein gutes Stück vorwärtsgetrieben, aber der Fortschritt erstreckt sich in der Hauptsache auf die Großstädte. Man sollte sich mehr um die kleinen Orte kümmern. Dazu sind Mittel erforderlich, die in den kleinen Orten nicht aufgebracht werden können. Wir hoffen auf ein größeres Entgegenkommen des Vorstandes.

Dörwald (Berlin): Die Schutzvorrichtungen für die Zelluloidindustrie sind unzureichend und sie werden oft nicht beachtet. Das zeigt das große Brandunglück in Berlin, bei welchem eine große Zahl junger Mädchen einen schrecklichen Tod fand. Die Gewerbeinspektion genügt nicht, wir verlangen auch Aufsichtspersonen aus der Reihe der Arbeiter, die die Schliche kennen, mit welchen die Unternehmer die revidierenden Beamten hinter das Licht führen. Die Unternehmer bevorzugen die billigsten Arbeitskräfte. Deshalb werden mit Vorliebe junge Mädchen beschäftigt, während die Familienväter auf dem Pflaster liegen. Der Brandgefahr in der Zelluloidindustrie muß größte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.

Schäfer (Wiesbaden): Die Entwicklung der Jugendbewegung ist erfreulich, aber sie hat doch noch manche Mängel. Auf diesem Gebiet scheint doch die Zersplitterung reichlich groß zu sein. Man sollte in den größeren Städten die Jugendgruppen der verschiedenen Gewerkschaften zusammenlegen. Den Absolventen der verschiedenen gewerkschaftlichen Bildungsstätten kann ein Anspruch auf Anstellung nicht zugesprochen werden.

Dörfer (Fürth) verteidigt die Ortsverwaltung gegen den vom Hauptkassierer erhobenen Vorwurf, unbedeutenderweise Reiseunterstützungen gezahlt zu haben. Die Verwaltung ist das Opfer eines Schwindlers geworden, der die Unterschrift des Bevollmächtigten und den Stempel der Verwaltungsstelle gefälscht hat.

Suhr (Stettin): Der Verband verwendet ein Zehntel der Ausgaben für Gehälter. Die Gehälter sollten herabgesetzt werden. Überhaupt müßte an den Ausgaben mehr gespart werden; bei der Streitunterstützung und der Arbeitslosenunterstützung sollte man dafür freigebiger sein. Die ausgeschlossenen Kommunisten sollte man wieder aufnehmen.

Schmidt (Saarbrücken): Die Höhe des Beitrages ist der allgemeinen Entwicklung nicht genügend gefolgt. Im Gau Frankfurt a. M. hat etwa die Hälfte der Verwaltungsstellen mit Defizit gearbeitet. Die Kosten der Jugendabteilungen können von den kleineren Verwaltungsstellen nicht erwungen werden.

Sill (Köslin): Man hat die prominentesten Führer der Opposition mit faßenscheiniger Begründung aus dem Verband ausgeschlossen. Die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ vertritt die Interessen der Sozialdemokratie. Würde ein Redakteur die kommunistischen Interessen so im Verbandsorgan vertreten, dann wäre er längst ausgeschlossen worden. Die Jugendbewegung sollte nicht als Wander- und Vergnügungsclubs ausgebildet werden. Wir haben die Jugend zu erster Arbeit erzogen und Erfolg gehabt.

Es folgt nun der Bericht der **Mandatprüfungskommission.**

Geißler (Langenöls) berichtet, daß alle 200 Delegierten anwesend sind. Von ihnen kommen 9 aus Verwaltungsstellen mit unter 100 Mitgliedern, 27 aus Verwaltungsstellen mit 101 bis 250 Mitgliedern, 27 aus Verwaltungsstellen mit 251 bis 500 Mitgliedern, 33 aus Verwaltungsstellen mit 501 bis 1000 Mitgliedern, 10 aus Verwaltungsstellen mit 1001 bis 2000 Mitgliedern, 18 aus Verwaltungsstellen mit über 2000 Mitgliedern und 76 aus abgeschlossenen Wahlbezirken. Fast die Hälfte der Delegierten (96) stammt mithin aus kleineren und mittleren Verwaltungsstellen. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Hier wird abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag

Dienstag, den 24. September.

Die Aussprache über die Berichte wird fortgesetzt.

Sartmann (Bremen) empfiehlt den von Bremen gestellten Antrag auf Zusammenschluß aller Gewerkschaften zu einer Einheitsorganisation.

Sartig (Chemnitz) erörtert die in dem Bericht über die Verbandsklasse erwähnten Bemängelungen der Kassenführung in einzelnen Verwaltungsstellen. Die geltende Anleitung zur Führung der Verwaltungsstellen ist veraltet, sie sollte revidiert und neu herausgegeben werden. Die technische Herstellung des Verbandsmaterials, der Mitgliedsbücher, der Beitragsmarken usw., läßt manches zu wünschen übrig. In der Bewilligung von Mitteln für die Jugendbewegung sollte der Vorstand großzügig sein, es lohnt sich.

Limm (Jugendsekretär des Verbandes): Es ist erfreulich, daß die Jugendbewegung auf dem Verbandstage eine so große Rolle spielt. Die Frage muß vor allem unter pädagogischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Die Teilnahme der Jugendlichen an den Veranstaltungen ist mit gewissen Kosten verbunden, wobei unter Umständen auch die Kassen des Verbandes einspringen müssen. Man muß sich aber hüten, bei den Jugendlichen den Glauben aufkommen zu lassen, als könnten sie fortgesetzt materielle Beihilfe von der Organisation erwarten. Die Jugend muß von vornherein zur Opferwilligkeit erzogen werden. Man soll sich hüten, die Jugend zu früh in das politische Getriebe hineinzubringen. Fehler, die hier von anderer Seite gemacht werden, sollten wir nicht nachahmen. Wir müssen die Jugend mehr belehren. Aber es wäre falsch, wollte man sich nur auf ernste Vorträge beschränken. Die Jugendfreude und die Lebenslust der Jugend, wie sie auf Wanderungen und ähnlichen Veranstaltungen zum Ausdruck kommen, sollen gefördert werden. Man muß aber vernünftig zwischen Ernst und Heiterkeit abwägen. Der Ausgangspunkt der Jugendbewegung war die wirtschaftliche Not. Deshalb muß auch die gewerkschaftliche Seite der Arbeiterjugendbewegung stark unterstrichen werden.

Ellerbrade (Berlin): Die Bildungsarbeit ist eine wichtige Aufgabe des Verbandsorgans. Die großstädtischen Arbeiter werden zuviel mit Lesestoff überfüttert. Daher mag es kommen, daß das Verbandsorgan nicht genügend gelesen wird. Man muß daher den Stoff interessanter gestalten. Die Kollegen sollten über das Betriebsratswesen noch weit mehr als bisher aufgeklärt werden.

Lehmann (Hauptkassierer) hält gegenüber der Zurückweisung, die seine gefragten Ausführungen durch den Kollegen Dörfer erfahren haben, seine Darstellung aufrecht. Es kommt aber hier nicht sowohl auf den Ort an als vielmehr auf die Tatsache, daß der Verband gelegentlich durch Fälschungen geschädigt wird und daß die Funktionäre die Pflicht haben, in der Kassenführung so vorsichtig zu sein, daß sie nicht zu Opfern solcher Fälschungen werden. Die Behauptung, daß der Verband 10 Prozent seiner Ausgaben für Verwaltungszwecke ausbebe, ist irreführend. Nur ein kleiner Teil davon sind persönliche Verwaltungskosten. Gerade die persönlichen Verwaltungskosten sind prozentual in den letzten Jahren fortgesetzt zurückgegangen. Darauf können wir stolz sein.

Tempe (Darmstadt): In der Jugendarbeit soll weniger mit Flugblättern, aber um so mehr mit Hausagitation gearbeitet werden. Wir sammeln die Lehrlinge regelmäßig jede Woche in Räumen, auf deren schöne Ausstattung wir großen Wert legen. Ein schlimmer Mißstand ist es, daß die Lehrlinge häufig sofort nach beendeter Lehrzeit entlassen werden. Sehr wünschenswert wäre die Schaffung einer Lehrlingsordnung, in der unsere Wünsche auf diesem Gebiet erfüllt werden. Der Brandgefahr in der Zelluloidindustrie, an der wir lebhaft interessiert sind, muß noch weit größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Röhler (Celle): Die „Holzarbeiter-Zeitung“ sollte der kommunistischen Bewegung keine Beachtung schenken, sie ist nicht wert, ihr größere Bedeutung beizumessen. Die Art, wie der Delegierte aus Stettin über die Gehälter unserer Angestellten gesprochen hat, muß scharf zurückgewiesen werden. Das sage ich als werktätiger Kollege. Solche Reden sind Waffen für die Unternehmer, die unter Hinweis darauf Lohnabzüge begründen können. Wir haben eine Ehrenpflicht, die Angestellten des Verbandes anständig zu bezahlen.

Ströck (Marktneukirchen): Die Absicht des Vorstandes, das flache Land in Zukunft intensiver zu bearbeiten als bisher, ist zu begrüßen. Wenn Gebiete wie der Bezirk Marktneukirchen erfolgreich bearbeitet werden sollen, müssen mehr Kollegen freigestellt werden. Dann wird es auch auf der ganzen Linie vorwärtsgen.

Krösche (Bremen): Tarnow hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Organisierten mehr als bisher darauf sehen müssen, daß ihr Nebenarbeit organisiert ist. In Bremen geschieht dies mit dem Erfolg, daß wir hier ein sehr gutes Organisationsverhältnis haben. Die Einrichtung, die wir getroffen haben, daß ausgestretene Mitglieder, wenn sie wieder eintreten wollen, ein sehr erhebliches Eintrittsgeld zahlen müssen, hat sich bewährt.

Fischer (Dortmund) beschäftigt sich mit Kassenfragen und macht verschiedene Vorschläge.

Grasmann (Vertreter des Vorstandes des ADGB) erhält nunmehr das Wort zu seinem Vortrag über die **Arbeitslosenversicherung.**

Die Entscheidung über die Reform der Arbeitslosenversicherung steht unmittelbar bevor. Wie sie ausfallen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Redner behandelt die Entscheidung und die Bedeutung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Die Anträge der bürgerlichen Vertreter für die Reform des Gesetzes richten sich nicht gegen Mißstände, sondern gegen die Sozialpolitik überhaupt. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei sind bereit, offensibare Mißstände beseitigen zu helfen, einen allgemeinen Abbau der Leistungen lehnen sie aber entschieden ab. Redner behandelt die jetzt vorliegende Kompromißvorlage der Reichsregierung und der preußischen Regierung. Diese Vorlage ist entstanden als Abwehr gegen eine ganz reaktionäre Vorlage der bayerischen Regierung im Reichsrat. Um einem Konflikt zwischen Reichsrat und Reichstag vorzubeugen, haben die sozialdemokratischen Reichsminister dem Kompromiß zugestimmt, ohne aber damit die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu binden. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, die Arbeitslosen unter 45 Jahren, die keine zugängsberechtigten Angehörigen zu versorgen haben, auf die Säbe der Krisenunterstützung herabzusetzen. Sie lehnt es ferner ab, daß die Wartezeit für Saisonarbeiter erhöht werden soll, weil dadurch die Saisonarbeiter gewissermaßen doppelt bestraft werden. Ferner wendet sie sich gegen eine Erhöhung der

Beiträge für Saisonarbeiter um 1 1/2 Prozent. Entschieden bekämpft werden muß der Vorschlag, aus der Arbeitslosenversicherung die Angestellten herauszuheben, da das der Anfang einer Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung wäre. Die Anträge der bürgerlichen Parteien sind geschickt maskierte Angriffe gegen die gesamte Sozialversicherung. Unter sozialdemokratischer Abwehrkampf wäre viel ausichtsreicher, wenn wir nicht mit der Gefahr rechnen müßten, daß die Kommunisten uns in den Rücken fallen. Sie haben im Ausschuß wichtige Anträge der Sozialdemokratie durch Stimm-enthaltung zu Fall gebracht. Es wird unumgänglich notwendig sein, will man das ganze Gesetz nicht gefährden, eine halbprozentige Erhöhung anzunehmen. Das ist nicht angenehm, aber sonst fällt die ganze Arbeitslosenversicherung. Da wir der Meinung sind, daß die Arbeiterklasse eine Einrichtung wie die Arbeitslosenversicherung nicht entbehren kann, müssen wir sie stützen. Das Wohl der Arbeiterklasse geht uns über alles! (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache über die Berichte des Vorstandes wird fortgesetzt.

Mosanz (Parchim): Der Verband muß sich mehr um die Organisation der Branchen kümmern. Die Vergolder, die ich hier vertritt, wünschen die Abhaltung einer neuen Branchenkonferenz. Die Bedeutung der Jugendarbeit kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auch ich habe die Erfahrung machen müssen, daß man in der kommunistischen Partei keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten kann. Deshalb bin ich aus dieser Partei ausgetreten und gehöre wieder der wirklichen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratischen Partei, an. Diesen Weg werden auch diejenigen Kollegen gehen müssen, die ehrlich und erfolgreich für die Arbeiterklasse arbeiten wollen. Wir brauchen eine große und geschlossene Arbeiterpartei.

Kellermann (Stuttgart) beschäftigt sich mit der Saisonarbeiterfrage in der Arbeitslosenunterstützung. Gegen die Behandlung der Rahmenmacher (Glaser) als Saisonarbeiter müssen wir ganz entschieden protestieren.

Leistner (Zwickau): Der Abwehrkampf des ADGB gegen die von den Unternehmern geforderten Verschlechterungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes war nicht immer auf der Höhe. Er hätte sich auf eine Reform des Gesetzes überhaupt nicht einlassen sollen. Wirkliche Mißstände hätten auf dem Berordnungswege beseitigt werden können. Die Reichsregierung hätte für die Arbeitslosen schon genügend Geld, wenn sie auf der anderen Seite die Kapitalisten verpflichten würde, ihre rückständigen Steuern zu zahlen. Aber daran wird nicht gedacht, und darüber herrscht in der Arbeiterklasse große Erbitterung.

Tarnow schlägt zur Frage der Arbeitslosenversicherung folgende Entschliebung vor:

„Der Verbandstag erkennt in den Anschlägen gegen die Arbeitslosenversicherung nicht nur den Ausfluß sozialer Reaktion, sondern auch die zielbewusste Absicht, die Widerstandskraft der Arbeiter zu schwächen, um die Löhne drücken zu können. Angesichts der technischen Rationalisierung, die dauernd die Zahl derjenigen vergrößert, die schuldblos aus dem Arbeitsprozeß hinausgeworfen werden, zuzugewinnen die Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung von einem besonderen Grade von Brutalität.“

Der Verbandstag verschließt sich nicht der Notwendigkeit, etwaige Mißbräuche abzustellen. Er erklärt sich auch damit einverstanden, daß durch eine Erhöhung der Beiträge das finanzielle Fundament der Versicherung verstärkt und gesichert wird. Um so entschiedener legt er Protest ein gegen die Bestrebungen, die einen allgemeinen Abbau der Unterstützungsleistungen zum Ziele haben.

Der Verbandstag hat Kenntnis genommen von der Stellung, die der ADGB und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bisher in dieser Angelegenheit eingenommen haben. Er billigt dieses Verhalten und hat das Vertrauen, daß diese beiden Körperschaften auch weiterhin alles tun werden, was unter Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten zur Erhaltung der Arbeitslosenversicherung getan werden kann.“

Tarnow bemerkt zu der Entschliebung, daß wir bei der Reform der Arbeitslosenversicherung mit den realen Verhältnissen im Reichstag rechnen müssen. Bedauerlich ist, daß die Kommunisten bei den Entscheidungen im Parlament vielfach mit den Vertretern des Unternehmertums stimmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion setzt sich für die Forderungen der Gewerkschaften mit ganzer Kraft ein. Wenn Steuerrückstände vorhanden wären, die der Reichsfinanzminister nur einzuziehen brauchte, so wären sie längst eingestrichelt worden. Aber es fehlt an solchen eintreibbaren Forderungen der Reichsregierung. Eine gründliche Sanierung der Arbeitslosenversicherung hat zur Voraussetzung eine Beitragserhöhung. Wer sie ablehnt, sabotiert die Arbeitslosenversicherung.

Schönfeld (Burgstädt) bringt eine Resolution aus der bekannten kommunistischen Resolutionsfabrik ein, die zur Berlesung kommt.

Fuchs (Schönheide): Die Agitation unter den Bütstearbeitern im Erzgebirge hat in den letzten Jahren schöne Erfolge gehabt. Der Verbandstag sollte erwägen, ob den Jugendlichen in der Beitragsfrage nicht entgegenkommen werden kann. Die Einführung der Invalidenunterstützung ist von den alten Kollegen dankbar begrüßt worden. Die Kritik, die hier von verschiedenen Kollegen an der Faltung der KPD geübt worden ist, war zutreffend, das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Ehrliche Gewerkschafter haben in der kommunistischen Partei heute keinen Platz mehr.

Dorn (Berlin): Die Ausführungen von Grafmann haben die Schwierigkeiten gezeigt, mit welchen die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten zu kämpfen haben. Wir müssen ganz energisch der Behauptung der Gegner der Arbeitslosenversicherung entgegengetreten, wonach die Mehrheit der Arbeitslosen aus Drückbergern bestünde. Die Schwarzarbeit, das heißt den Bezug von Arbeitslosenversicherung durch Bediener, bekämpfen auch wir. Vielfach tragen aber an dem Unfug die Unternehmer Schuld, die aus Profitgier Bezüge von Arbeitslosenunterstützung für geringen Lohn beschaffen. An die Stellen, die von der Reichsanstalt zu vergeben waren, war ein starker Andrang von nicht sozial eingestellten Männern. Hier hätten die berufenen Vertreter

der Gewerkschaften besser auf dem Posten sein sollen. Das Gesetz über Arbeitslosenversicherung war schon in der seitberigen Fassung unzulänglich. Insbesondere ist das Fehlen der Melde- und Einstellungsfrist ein fühlbarer Mangel.

Durch Annahme eines Schlußantrages wird die Debatte beendet. Es folgen die Schlußworte.

Kayser: Die Aussprache hat bewiesen, daß der Verbandstag im allgemeinen mit der Tätigkeit der Redaktion zufrieden ist. Auf die Redner, die die Schreibweise kritisiert haben, brauche ich nicht mehr einzugehen, was dazu zu sagen ist, habe ich bereits gestern ausgeführt. Von einem Redner ist bemängelt worden, daß wir den Kommunisten zu viel Beachtung schenken. Ganz übersehen können wir die von jener Seite gegen uns gerichteten schmutzigen Anwürfe nicht, aber schon aus Keilheitsgründen beschäftigen wir uns möglichst wenig mit diesen Dingen. Der Bremer Antrag, wonach die „Holzarbeiter-Zeitung“ für den Zusammenschluß aller Gewerkschaften zu einer Einheitsorganisation wirken soll, müßte sich richtiger an den Vorstand richten. Er verlangt aber im Grunde etwas, was wir in Gestalt des NWB bereits haben. Im übrigen werden wir auch weiterhin am Ausbau der Zeitung arbeiten, so daß sie immer mehr den Ansprüchen der Mitglieder gerecht wird. Wir rechnen dabei auf die Unterstützung der Kollegenschaft.

Tarnow: Die Klage der Redaktion über mangelhafte Berichterstattung hat eine gewisse Berechtigung. Tatsächlich läßt sich die Berichterstattung wesentlich verbessern. Eine ganze Reihe von Wünschen und Beschwerden, die hier zur Sprache kamen, läßt sich beseitigen, wenn wir das Verbandsbüro so ausgestalten, wie wir es beabsichtigen. In der Jugendbewegung ist der Wunsch nach besserer Finanzierung das nächstliegende. Wir können aber bei weitem nicht alle diese Wünsche erfüllen. Kollege Timm hat ganz zutreffend darauf hingewiesen, daß die Jugend schon aus pädagogischen Gründen zur Opferwilligkeit erzogen werden muß. Der Hinweis auf die Berggemeinschaftsbewegung war durchaus berechtigt. Wenn diese Bewegung auch für die Holzindustrie keine große Bedeutung hat, so ist es doch nötig, sie aufmerksam zu verfolgen. Für den größeren Schutz der Zelluloidarbeiter haben wir uns lebhaft eingesetzt. Ein positiver Erfolg in Gestalt einer Verordnung befindet sich in Vorbereitung. Das Verlangen nach einem neuen Handbuch für die Verbandsfunktionäre ist berechtigt. Eine Neuauflage konnte bisher nicht veranlassen werden, weil unsere Einrichtungen noch nicht stabil waren. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, den Plan auszuführen. Das Verlangen der Bremer Kollegen nach Zusammenfassung der Gewerkschaften zu einem einheitlichen Verband läßt sich nicht verwirklichen. Der Kollege Suhr aus Stettin hat sich über die hohen Gehälter beschwert. Das ist erklärlich bei den Stettiner Verhältnissen, wo man neben zwei Angestellten noch drei vollbesoldete Beitragskassierer hat. Das führt zu einer Überlastung der Kassierkassen. In sich ist es verständlich, daß Kollegen im Betrieb Vergleiche anstellen zwischen ihrem Lohn und dem Gehalt der Angestellten. Aber der Verband und die Gewerkschaftsbewegung überhaupt brauchen Angestellte. deren Besoldung ist ein oft erörtertes Problem. Mancher Kollege glaubt, daß man die Gehälter in Beziehung bringen könnte zu den Tariflöhnen. In einer englischen Bruderorganisation besteht die Einrichtung, daß das Gehalt der Angestellten um einen gewissen Prozentsatz höher ist als der höchste Lohn, der im Verbandsgebiet gezahlt wird. Die Übernahme dieses Systems würde eine schwere Belastung für die Organisation bedeuten. In den Privatbetrieben haben wir den Grundsatz der verschiedenen Entlohnung der verschiedenen Arten von beschäftigten Personen, und die höherqualifizierten Betriebsleiter und Werkmeister werden höher entlohnt als die Arbeiter. Im Verband und in der Arbeiterbewegung überhaupt haben wir einen starken Bedarf an tüchtigen Angestellten. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens hat uns viele der besten Kräfte entzogen. Wollen wir diese der Arbeiterbewegung erhalten, dann müssen wir eigentlich die Gehälter denen der entsprechenden Beamten anpassen. Das können und wollen wir nicht; wir dürfen uns nicht zu weit von dem Niveau der Arbeiter entfernen. Wir müssen einen Mittelweg suchen, und wir glauben mit unserer Regelung das Richtige getroffen zu haben. Der Vorstand ist vom Stuttgarter Verbandstag ermächtigt worden, im Bedarfsfall die Gehälter den veränderten Verhältnissen anzupassen. Davon hat er sehr spärlich Gebrauch gemacht. In einem Zeitraum, wo die Tariflöhne um 34,2 Prozent gestiegen sind, wurden die Gehälter nur um 10 Prozent erhöht. Die sogenannte Opposition empfindet es schmerzhaft, daß sie hier gelegentlich an die Ohren genommen wird. Für unseren Verband ist die kommunistische Bewegung ziemlich bedeutungslos. Aber sie besteht, und wir können nicht daran vorbeigehen, daß diese Bewegung alle Kraft anwendet, die Gewerkschaften zu schädigen. Wir sehen ja, mit welchen Worten das hiesige Kommunistenblatt den Verbandstag „begrüßt“ hat.

Die Debatte hier auf dem Verbandstage war im ganzen erfreulich. Die Anregungen, die gegeben wurden, werden wir prüfen. Zum Teil konnte ihre Erfüllung bereits in Aussicht gestellt werden. Wenn wir den geplanten Ausbau unseres Bureaus durchgeführt haben, wird vieles besser werden.

Gahn (Leipzig) berichtet namens der Revisionskommission, daß die Hauptkasse eingehend nachgeprüft worden ist, dabei ist alles in bester Ordnung gefunden worden. — Der Antrag auf Entlastung des Hauptkassierers findet einstimmige Annahme.

Freizgang (Berichterhalter der Vorbereitungs-Kommission): Die Kommission hat sich eingehend mit den Anträgen in bezug auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ beschäftigt, und sie beantragt, die Anträge, die einen weiteren Ausbau des Verbandes betreffen, der Redaktion zur Berücksichtigung zu übermitteln. Die kommunistischen Anträge sind nicht die schwebendste Unterstützung, so daß sie gar nicht zur Berücksichtigung kommen. Die Wiedereröffnung der Sterbedaten wird abgelehnt. Freizgang berichtet noch, daß in der Kommission übereinstimmend die Ansicht herrsche, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ heute infolge ihrer neuzeitlichen Ausrichtung und ihres sachlichen Inhalts mehr gelesen werde als früher, besonders auch von den Frauen der Mitglieder.

Die Resolution Tarnow zur Frage der Arbeitslosenversicherung wird gegen sechs Stimmen angenommen. Außerdem wird festgestellt, daß die Ausführungen von Tarnow hinsichtlich der eventuellen Errichtung

eines neuen Bureauhauses vom Verbandstage gutgeheißen werden.

Damit ist der Vorstandsbericht erledigt, der Verbandstag kommt zum 3. Punkt der Tagesordnung:

Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes.

Schleicher (Verbandsvorstand): Neben der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigen sich die Gewerkschaften in steigendem Maße auch mit wirtschaftlichen Fragen. Wir dürfen aber nicht den Eindruck erwecken, als sei für uns die wirtschaftspolitische Tätigkeit wichtiger als die sozialpolitische Arbeit. In der Periode seit dem letzten Verbandstag haben wir eine bedeutende Besserung der Lohnverhältnisse erreicht, und wir dürfen uns das Ergebnis der Verbandsarbeit ehrlich freuen. Nach der amtlichen Lohnstatistik vom März 1928 besitzt der Lohn der Facharbeiter in der Tischlerei eine um 5 bis 7 Prozent höhere Kaufkraft als im Jahre 1913. Das darf uns aber nicht darüber täuschen, daß die Lage unserer Kollegen nicht besser geworden ist. Wir haben große Berufszweige in der Holzindustrie, deren Arbeiter schon seit Jahren mit einer riesigen Arbeitslosigkeit rechnen müssen, und in denen auch die in Arbeit stehenden in einer verkürzten Arbeitszeit nur verminderte Löhne erzielen. Wir können den Unternehmern nicht versprechen, daß wir unsere Lohnbewegungsmaschine verschrotten wollen. Aus der Statistik der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung geht hervor, daß drei Viertel der Arbeitslosen an ihrer letzten Arbeitsstätte einen Verdienst von weniger als 1 Mt. hatten. Die „Holzindustrie“ hat kürzlich geschrieben, daß die Lohnforderungen der Gewerkschaften vom dem Unverstand der Massen diktiert seien. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß der Hunger die stärkste Triebkraft für unsere Lohnforderungen ist.

Die Lohnpolitik ist über den engen Rahmen des einzelnen Berufs hinausgewachsen, überall ist die Hand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu spüren. Mühsam wäre es, daß einige Mängel in dem Aufbau des NWB, recht bald ausgebessert würden, damit wir uns über die Schlagkraft der einzelnen Berufsverbände hinaus besser mit dem Unternehmertum messen können. Wir verkennen die bestehenden Hemmnisse nicht, wir wissen, daß einzelne Industriezweige mit einer schweren Konkurrenz des Auslands zu rechnen haben; die Kernfrage bleibt aber doch, daß ohne den Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel eine Steigerung des Anteiles der Arbeiter an den Erträgen der Wirtschaft nicht zu erzielen ist.

Allerdings machen sich auch andere Kräfte geltend. Es sei nur an das Urteil des Reichsarbeitsgerichts über den Schiedspruch in der Nordwestdeutschen Metallindustrie erinnert. Das Unternehmertum frohlockt, denn es glaubte, daß damit dem Schlichtungswesen ein vernichtender Schlag versetzt worden sei. Ich möchte mir nicht die Auffassung zu eigen machen, als ob durch diese Entscheidung das Schlichtungswesen zu unseren Ungunsten geändert worden wäre. Wir haben im Holzgewerbe eigene Schlichtungsinstanzen, und wir haben mit der Gegenseite vereinbart, daß der Schlichter nur mit Stimmenmehrheit einen Schiedspruch fällen kann. Die Unternehmer haben bei der Beratung diesen Vorschlag gemacht und dabei betont, daß sie die Ansicht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vertreten. Als wir uns damit durchaus einverstanden erklärten, da waren die Vertreter der Unternehmer darüber so erstaunt, daß sie erst noch lange Beratungen unter sich pflegen mußten zur Prüfung der Frage, ob der von ihnen selbst vorgeschlagene Weg überhaupt für sie gangbar sei.

Eine Hemmung unserer gewerkschaftlichen Arbeit ist das Überhandnehmen des Streikbruchs. Besondere Beachtung verdient der organisierte Streikbruch politischer Verbände; der Patentreizler, der Stahlhelmer usw. Der Grund ist hier weniger wirtschaftliche Not als vielmehr das Ergebnis der politischen Hege. Dabei nehmen die Streikbrecher gern die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes für sich in Anspruch. Aber auch die kommunistische Partei trägt viel dazu bei, bei ihren Anhängern das Gefühl für die Sittenwidrigkeit des Streikbruchs zu verwischen. Die Hege der Kommunisten gegen unsere gewerkschaftliche Tagesarbeit, die Verächtlichmachung der These, daß der Unorganisierte ein besserer Klassenkämpfer sei als der Gewerkschafter, weckt bei den schwachen Charakteren die Überzeugung, daß Streikbruch nicht verwerflich sei. Wir können erfreulicherweise feststellen, daß sich aus den Reihen der Streikenden selbst in der Regel nur selten Streikbrecher finden, doch müssen wir den Streikbruch vorbeugend bekämpfen, indem wir die Unorganisierten dem Verbandskampf zuführen.

Es sind Wünsche laut geworden, die Sätze der Streikunterstützung zu erhöhen. Einer mäßigen Erhöhung können wir zustimmen. Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß eine Erhöhung der Unterstützung eine Einschränkung der Streikgenehmigungen zur Folge haben muß. Die Kosten der Streiks haben sich nicht nur für die einzelnen Mitglieder, sondern auch für den Verband gesteigert. Jedenfalls müssen wir die Streikunterstützung so bemessen, daß den Kollegen die Pflicht zum Durchhalten auch zugemutet werden kann. Der Verlauf unserer letzten Tarifbewegung ist bekannt. Wir haben den vertraglich gesicherten Achtstundentag wieder erreicht, bei dem Verlangen nach Abschreitung der täglichen Arbeitszeit haben wir als Organisation das Recht, die Begründung nachzuprüfen. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden konnten wir diesmal noch nicht erreichen. Die praktischen Bedürfnisse der Wirtschaft bilden heute kaum noch ein Hindernis für eine weitere Arbeitszeitverkürzung, aber wir wissen auch, daß einer befriedigenden Lösung des Arbeitszeitproblems noch große Schwierigkeiten entgegenstehen. Das Problem hängt auf das engste zusammen mit den Rationalisierungsbestrebungen und dem Ertrag der Wirtschaft. Ein Erfolg der Tarifbewegung war die Beseitigung des Doppeltariffes des vertraglichen Mindest- und Durchschnittslohnes; an dessen Stelle ist der „Tariflohn“ getreten, der unanbringbar ist. Bei alledem müssen wir uns darüber klar sein, daß der Vertrag allein dem einzelnen noch nicht einen angemessenen Lohn sichert, wenn er nicht selbst, seinen Mann stellt.

Ohne die große Bedeutung der Arbeitsgerichtsbarkeit zu verkennen, muß doch die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts mit einer gewissen Sorge betrachtet werden. Der Kollektivgedanke findet bei dieser Rechtsprechung immer noch nicht die genügende Beachtung. Darauf sind die Urteile zurückzuführen, die die Streikfreiheit einschränken. Dazu gehören

insbesondere auch die sogenannten einstweiligen Verfügungen. Wir müssen danach streben, daß dieses Rechtsmittel im Wirtschaftskampfe nicht zur Anwendung gebracht wird.

Den Beschluß des letzten Verbandstages, der uns beauftragte, die tarifvertragliche Regelung der Kostgeldsätze und der Ferien für die Lehrlinge in den Vordergrund zu stellen, haben wir sehr ernst genommen. Nur durch die volle Einsetzung der Macht des Verbandes am Verhandlungstisch haben wir einen Erfolg erzielt. Wir wußten, daß mit dem Abschluß des Vertrages der Kampf um die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge nicht beendet ist, sondern daß er damit erst richtig beginnt. Von der Gegenseite wird es so dargestellt, als ob wir nur aus reinem Mangel dieses Gebiet in Angriff genommen hätten und daß wir mutwillig die Rechte des Meisters bei der Ausbildung der Lehrlinge antasteten. Wir weisen diesen Vorwurf zurück. Unsere tariflichen Abmachungen betreffen nicht die Ausbildung, sondern lediglich die Entschädigung der Lehrlinge. Die Unternehmer denken gar nicht daran, bei der Regelung dieser Fragen auf die Macht ihrer wirtschaftlichen Verbände zu verzichten. Das beweist auch deutlich die vom Nordwestdeutschen Tischlerinnungsverband unternommene Aussperrung, bei der sich die Unternehmer sogar recht unanständiger Kampfmittel bedienen. Auf Anweisung des Reichsverbandes des Handwerks haben die Unternehmer in Niedersachsen gegen Treu und Glauben ihre Tarifunsfähigkeit konstruiert, um sich ihrer Pflichten zu entziehen. Leider wurde die Tarifunsfähigkeit von den Arbeitsgerichten anerkannt. So wird der Kampf um die Regelung der Kostgeldsätze der Lehrlinge zu einer wichtigen Rechtsfrage. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten für das Vertragswesen, die nur durch eine Revision der Tarifvertragsverordnung gelöst werden können.

Wir wissen, daß der Abschluß des Mantelvertrages nicht nur unserer Verhandlungskommission, sondern auch dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes schwere Angriffe eingetragen hat. Diese Angriffe kommen nicht nur von den eigenen Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes, sondern auch von den Konkurrenzorganisationen. Die Innungsverbände streben nach einer eigenen Vertragspolitik. Es ist aber unmöglich, für die Handwerksbetriebe besondere Verträge abzuschließen. Bemerkenswert ist, daß auch von der neuen Leitung der Berliner Unternehmer gegen den Inhalt des neuen Mantelvertrages eine starke Agitation getrieben wird. Die Herren sollen nicht so vorlaut sein, denn eines Tages werden auch die Vertragsverhältnisse in Berlin revidiert werden. Den Zeitpunkt für unsere Bewegung werden wir hier nicht festlegen. Aber wir ziehen aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse für die Zukunft, und wir lernen daraus, daß wir die Organisation so festigen müssen, daß sie jederzeit gerüstet und schlagfertig ist. (Lebhafte Beifall.)

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt die folgende Entschlieung vor:

Entschlieung zur Lehrlingsfrage.

In den letzten Jahren ist es den Handwerkerorganisationen gelungen, die Kosten der Lehrlingsausbildung in steigendem Maße den Eltern der Lehrlinge und damit gleichzeitig der Arbeiterschaft aufzubürden. Während früher der Lehrling vom Lehrmeister Kost, Wohnung und vielfach auch Kleidung erhielt, werden gegenwärtig auf Anweisung von Handwerkerorganisationen Entschädigungssätze für Lehrlinge gezahlt, die oft kaum das notwendige Fahrgeld von und zur Arbeitsstelle decken.

Der Zweck der Lehrlingshaltung ist, besonders in den handwerklichen Kleinbetrieben, vielfach nicht die Lehrlingsausbildung, sondern die Beschaffung billiger Arbeitskräfte für den Unternehmer.

Bisher sind alle Versuche der Gewerkschaften, das Entgelt, den Erholungsurlaub und die Arbeitszeit der Lehrlinge auf der sogenannten berufsständischen Grundlage ausreichend zu regeln, an dem Widerstand der Handwerkerorganisationen gescheitert. Eine Änderung dieser Verhältnisse ist nur möglich, wenn der wirtschaftlichen Macht der Handwerkerorganisationen die Kraft der Gewerkschaften gegenübergestellt wird. Die Handwerkslehre ist nicht nur ein Ausbildungsverhältnis, sondern auch ein Arbeitsverhältnis. Soweit das letztere zu regeln ist, muß dies in erster Linie auf tarifvertraglicher Grundlage geschehen. Nur auf diesem Wege ist eine wirkliche paritätische Mitwirkung der Gewerkschaften möglich.

Der Verbandstag protestiert gegen diejenigen Bestimmungen in dem Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes, durch welche nicht nur die Ausbildungs-, sondern auch die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge der tarifvertraglichen Regelung entzogen werden sollen. Er fordert die Gewerkschaften und die Vertreter der Arbeiter im Parlament auf, an der bevorzugten Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag festzuhalten.

Beirat und Vorbereitungs-Kommission.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 25. September.

Den Bericht über die Lohnbewegung in den Branchen erstattet

Damer (Verbandsvorstand): Das Jahr 1928 war, wie das Jahrbuch feststellt, ein Kampfsjahr für die Branchen. Das ist um so bedeutsamer, weil sich die Organisationen der Unternehmer aller Gruppen von der zentralen Zusammenfassung über das ganze Reich noch weiter als bisher entfernt haben. Auch die letzte Säule, der Arbeitgeberverband für die deutsche Stockindustrie, ist geborsten. Wir waren für alle Berufsgruppen auf örtliche oder gar betriebliche Verhandlungen angewiesen; nur vereinzelt gelang uns der Abschluß eines Bezirkstarifvertrages. Trotzdem können wir mit Befriedigung feststellen, daß sich die Zahl der vertragsgesunden Betriebe und Arbeiter wesentlich erhöht hat. Unseren Branchenverträgen unterliegen jetzt 3200 Betriebe mit 72 000 Beschäftigten. Unsere Bemühungen sind darauf gerichtet, für alle dem Verbands angehörenden Branchen möglichst einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Es ist nicht leicht, diese Linie einzuhalten. Was unsere Arbeit so erschwert, ist der Umstand, daß auch die für uns in Betracht kommenden Unternehmerorganisationen an Mitgliederstand und Einfluß verloren haben. Infolgedessen Auflösung von Unternehmerverbänden existieren Reichstarife für die Branchen überhaupt nicht mehr.

Im Reichsverband des deutschen Korbmacher-Gewerbes, einer Innungsorganisation, geht schon seit drei Jahren das schöne Frage- und Antwortspiel: Reichslohneris oder nicht? Wir haben dieser Organisation einen Vertragsentwurf vorgelegt. Bereits zwei Verbandstage der Innungen haben sich mit der Vertragsfrage beschäftigt; kürzlich wurde wieder die Entscheidung auf den nächsten Verbandstag verschoben. Mit dem Koburger Korbmacher-Innenverband haben wir einen Vertrag, daneben bestehen noch einige weitere Verträge. Insgesamt bestehen im Korbmacher-Gewerbe 228 Betriebe mit 2554 Beschäftigten. Wir achten hierbei besonders auf die strenge Einhaltung des Heimarbeiterschutzgesetzes.

Der Arbeitgeberverband für die deutsche Stockindustrie hat sich künstlich tarifenfähig gemacht. Es war uns nicht angenehm, auf die zentrale tarifliche Regelung verzichten zu müssen, aber bei dem fortschreitenden Verfall des Unternehmerverbandes vermindern sich auch unsere Stützpunkte gegenüber den Außenstehenden. Wir verfügen in dieser Branche über einen Stamm gutgeschulter Kräfte, und wir denken nicht daran, uns widerstandslos dem Willen der Unternehmer zu beugen. In Hamburg haben unsere Kollegen in der Stockindustrie im vorigen Jahre nach 26wöchigem Streik einen beachtenswerten Erfolg erzielt. Auch in den übrigen Orten sind die Kollegen bemüht, das Bestehende zu halten und auszubauen. Die technische Entwicklung in der Stockindustrie führt zu einer starken Verminderung der Zahl der Arbeiter und dementsprechend auch der Verbandsmitglieder.

In der Bürsten- und Pinselindustrie haben sich in der Berichtszeit wichtige wirtschaftliche Änderungen vollzogen. Zwei Großbetriebe, in Striegau und in Lübeck, haben sich zusammengeschlossen, und es besteht die Absicht, noch weitere Großbetriebe zu verschmelzen. Der Betrieb in Striegau, der früher bis zu 500 Personen beschäftigte, ist geschlossen. Das war für die Betroffenen ein harter Schlag; der Vorgang lehrt aber auch, daß niedrigste Löhne noch nicht die Gewähr für einen guten Absatz der Produkte geben. Die Fusionsbestrebungen in Südwestdeutschland haben noch kein Ergebnis gezeitigt. Wir haben in der Bürsten- und Pinselindustrie 4 Bezirks- und 15 Ortsverbände für 11 400 Beschäftigte. Mit großer Erbitterung wurde der Kampf in der Nürnberger Pinsel- und Bleistiftindustrie geführt, an dem 1800 Kollegen und Kolleginnen beteiligt waren. Bei diesem Kampf sowie auch bei anderen Gelegenheiten haben wir erfahren müssen, daß wir dem Diktat des Schlichters unentrinnbar ausgeliefert sind. Uns wurde ein Tarif aufgezwungen, und wir haben durch höhere Gewalt eine Scharte erlitten, die wir wieder ausweihen werden.

Sehr schwer ist die wirtschaftliche Lage in der Knopfindustrie. Deshalb ist auch die geplante Reichskonferenz bisher unterblieben. Auch in dieser Industrie machen sich Konzentrationsbestrebungen bemerklich. In Schmöln haben sich eine Anzahl Steinknopfmaschinen zusammengeschlossen, in der Perlmutternopfindustrie in Frankenhausen sehen wir ähnliche Bestrebungen. In dieser wenig beachteten Industrie bereitet sich eine gewaltige Änderung vor bezüglich der künstlerischen Herstellung von Rohmaterialien. Auch in der technischen Einrichtung der Betriebe erleben wir große Änderungen, die sich in der Verminderung der Zahl der Arbeiter und der Verbandsmitglieder auswirken. Auch in den übrigen Branchen haben wir eine lebhaftere Tätigkeit entwickelt. Fortgesetzt haben wir eine größere oder kleinere Zahl von Streitenden in den verschiedenartigen Branchen.

Besondere Beachtung verdienen die Verhältnisse in den Betrieben, in denen unser Verband als *Minderheitsorganisation* beteiligt ist. Hier haben sich an manchen Stellen Verhältnisse herausgebildet, die aufmerksame Beachtung verdienen. Wir sind sorgsam bedacht, in unseren Verträgen die Rechte der Organisation der berufsfremden Arbeiter zu achten. Dort, wo wir die führende Organisation sind, achten wir peinlich die Rechte der anderen Organisationen; wir müssen aber in anderen Betrieben das gleiche für uns verlangen. Das mitunter wenig kameradschaftliche Verhalten der Vertreter anderer Verbände hat bei unseren Kollegen viel böses Blut gemacht; es führt auch mitunter zu Übergriffen der entlichen Schlichtungsorgane. Bei Verhandlungen für die Metallindustrie in Nürnberg war im Einvernehmen mit dem Vertreter der Metallarbeiter auch ein Vertreter unseres Verbandes erschienen. Der stellvertretende Schlichter, der noch dazu früher Mitglied unseres Verbandes war, erklärte aber, daß die Holzarbeiter zwar unter den Vertrag fallen, daß sie aber an den Verhandlungen nicht teilnehmen dürfen, weil sie den Vertrag nicht unterzeichnet haben. Im Freistaat Sachsen bestehen in der Metallindustrie besondere Zusatzabkommen für die Holzarbeiter. Das muß auch anderwärts möglich sein. — Die Verhältnisse in den verschiedenen Branchen liegen verschieden, aber die Kollegen aller Branchen umschließt das gemeinsame Band unserer Organisation. Den Kreis unserer Organisation immer weiter zu ziehen, ist die Grundbedingung für den erstrebten Aufstieg. Die Entwicklung des Wirtschaftslebens ebnet uns den Weg zu erfolgversprechender Arbeit. (Vehhafter Beifall.)

Die *Aussprache* über die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes eröffnet

Wopp (Witzburg): Der Abschluß des Mantelvertrages für das Holzgewerbe ist ein annehmbarer Erfolg. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die sogenannte Opposition das Gegenteil behauptet. Besonders begrüßenswert ist, daß für die Lehrlinge das Kostgeld und die Ferien tariflich festgelegt werden konnten. Diese Bestimmungen müssen nun aber auch allgemein durchgeführt werden. Gegen den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes bestehen ernste Bedenken. Die Durchführung des Gesetzes muß den beiderseitigen Organisationen übertragen werden.

Wheuert (Dresden): Für die Kollegen in den gemischtgewerblichen Betrieben einschließlich der Modelltischler muß mehr getan werden. In Sachsen besteht für die Holzarbeiter in den Metallbetrieben ein Zusatzabkommen zum allgemeinen Industrievertrag. Das ist ein Fortschritt. Wir müssen überall darauf drängen, daß die Holzarbeiter in den berufsfremden Industrien mindestens den gleichen Lohn erhalten wie die Kollegen im Holzgewerbe. Die Lehrlingszuchterei in der Modelltischlerei ist sehr groß. Wir haben Betriebe, die 10 Lehrlinge und 2 Gesellen beschäftigen. Gegen diese Zustände müssen wir uns sehr entschieden wenden.

Somießli (Halle): Daß der Abschluß des Mantelvertrages für das Holzgewerbe ein Erfolg ist, ist unbestritten. Aber gegen die Art, wie die Verhandlungen geführt worden sind, muß ich mich wenden. Den Wünschen der Unternehmer ist zuviel Rechnung getragen worden, insbesondere in bezug auf die lange Ausdehnung der Verhandlungen. Redner empfiehlt die Annahme einer Entschließung, die sich gegen die Vertrags- und Lohnpolitik des Verbandes wendet.

Allgeier (Mainz): Die Forderung, daß für die Holzarbeiter in den gemischtgewerblichen Betrieben mehr getan werden muß, ist berechtigt und muß mit allem Nachdruck durchgesetzt werden. Das Verhalten der Funktionäre des Metallarbeiterverbandes ist kurzfristig und schädigt nicht nur die Holzarbeiter, sondern auch die Metallarbeiter selbst. Der Bundesvorstand muß hier nach dem Rechten sehen.

Binnow (Oderberg): Die Erfolge, die der Verband im Laufe der Jahre erreicht hat, sind groß, aber die Löhne sind den Feuerungsverhältnissen noch lange nicht angepaßt. Bedauerlich ist, daß die Sägerlöhne in den Oststaaten noch wesentlich niedriger sind als in Deutschland. Die Kollegen in Polen und der Tschechoslowakei sollten sich restlos zusammenschließen, damit auch sie mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen besser vorwärtskommen. Aber auch in vielen deutschen Sägewerken ist noch viel zu tun. In meiner Verwaltungsstelle sind die Säger fast restlos organisiert. Die Tarifverträge für die Säger müssen inhaltlich denen für die Tischler mehr angeglichen werden.

Lenker (Eilenburg): Wir müssen die Frage prüfen, ob unsere Vertragspolitik mit dem gegenwärtigen Stande der Holzwirtschaft noch übereinstimmt. Die Rationalisierung hat dazu geführt, daß der Facharbeiter immer mehr durch Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche verdrängt wird. Diese Entwicklung zwingt uns, auf die Erhöhung der Löhne für diese Arbeitergruppen den größten Wert zu legen. Auch die großen Unterschiede in den Ortsklassenlöhnen sind unberechtigt. Wir müssen hier mehr auf eine größere Einheitlichkeit drängen. Die tarifliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse ist von allergrößter Bedeutung. Der Vorstand sollte auch der Lehrlingszuchterei, die an manchen Stellen geradezu übermäßig betrieben wird, mehr Beachtung schenken. Die Forderung, daß die Unternehmer verpflichtet werden müssen, die Lehrlinge nach Beendigung der Lehrzeit noch eine bestimmte Zeit weiterzubeschäftigen, ist berechtigt.

Winkelhof (Düsseldorf): Der Abschluß des Mantelvertrages für das Holzgewerbe wird allgemein als ein Erfolg betrachtet. Der Wortlaut des Mantelvertrages ist zwar einfach und klar, er wird aber doch nicht allgemein verstanden. Deshalb sollte man einen Kommentar herausgeben, der dann auch die Schlichtung von Streitigkeiten erleichtern würde. Der Wunsch, eine neue Musterarbeitsordnung auszuarbeiten, sollte bald erfüllt werden. Ebenso berechtigt ist die Forderung, daß der *NOGB*, nun endlich dafür sorgt, daß die anderen Verbände die Richtlinien für die Führung von Lohnbewegungen in gemischtgewerblichen Betrieben einhalten.

Gerber (Klingenthal): Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Branchen hat für die Gesamtmitgliedschaft eine größere Bedeutung als gemeinhin angenommen wird. Freilich sind hier größere Schwierigkeiten zu überwinden als z. B. im Tischlergewerbe. Trotzdem geht es auch hier vorwärts. In der Harmonikaindustrie des Vogtlandes ist es uns in letzter Zeit wieder gelungen, einen neuen Vertrag abzuschließen.

Cohrs (Hamburg): Die Staffelung der Löhne in unseren Verträgen ist umstritten. Ich glaube, daß eine größere Vereinheitlichung angestrebt werden muß, besonders in bezug auf die Ortsklassen. Der heutige Zustand hindert die Fortentwicklung der Industrie in den Großstädten. Die Anträge auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit müssen angenommen werden. Zu dieser Forderung zwingen uns kulturelle Gründe und die Rationalisierung der Betriebe.

Fischer (Dortmund): Für die Branchen muß mehr getan werden als bisher. Das ist freilich erst dann mit Erfolg möglich, wenn die Arbeiter geschlossen zum Verbande stehen. Redner beschäftigt sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Modelltischler in Rheinland-Westfalen. Der letzte Schiedspruch hat ganz unmögliche Zustände geschaffen. Diese zu beseitigen, ist eine zwingende Pflicht des Verbandes.

Kellermann (Stuttgart): Der Verbandstag muß klar zum Ausdruck bringen, daß wir uns die seitherige Behandlung durch gewisse Funktionäre des Metallarbeiterverbandes nicht gefallen lassen. Wir müssen das Recht haben, die Löhne der Holzarbeiter in den gemischtgewerblichen Betrieben selbständig zu regeln. Mit dem Ergebnis der Vertragsbewegung für das Holzgewerbe können wir zufrieden sein. Auch die Bewegung mit dem württembergischen Schreinermeisterverband ist erfolgreich beendet worden. Die Schreinermeister haben jetzt einen Verband der Schreinermeisterföhne gegründet, der auch andere Gesellen aufnimmt. Diese Neugründung muß beachtet und verfolgt werden, damit sie nicht zu einer Gefahr für die Arbeiter wird. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, insbesondere des Reichsarbeitsgerichts, wird immer unverständlicher, sie hat oftmals mit Recht kaum noch etwas zu tun. Dagegen müssen wir uns mit ganzer Kraft wehren. Die Erhöhung der Streikunterstützung ist eine zwingende Pflicht.

Fuchs (Schönheide): Der Verband hat für die Branchen getan, was er nach Lage der Verhältnisse tun konnte. Die Erfolge in der Bürstenindustrie des Erzgebirges wären noch viel größer, wenn alle Arbeiter fest zum Verband halten würden. Auch die zeitweise recht ungünstige Geschäftslage hat uns die Arbeit stark erschwert. Heute sind rund 700 Arbeiter und Arbeiterinnen weniger beschäftigt als vor einigen Jahren. Die Entlassenen sind heute zu einem großen Teil Heimarbeiter geworden, zum Schaden der Betriebsarbeiter und der Gesamtindustrie. Wir sollten die Frage prüfen, ob die Heimarbeit nicht gesehlt verboten werden müßte.

Greve (Saarwerden): Die Berichte der Kollegen Schleicher und Dammner finden unsere Zustimmung. Der Kampf in Niedersachsen steht gut und muß bis zu einem erfolgreichen Ende durchgeführt werden. Die Zusammenschlüsse in der Waggoindustrie müssen von uns aufmerksam verfolgt werden, denn sie gehen uns ebensoviel an wie die Unternehmer. Wir brauchen eine neue Konferenz der Arbeiter in den Waggonfabriken.

Leistner (Swidau): Die Ergebnisse der Lohn- und Vertragsbewegung in den letzten Jahren betriedigen mich nicht, aber daran ist nichts mehr zu ändern. In der Zukunft

erwarten die Kollegen größere Erfolge. Daß Schleicher die Forderung stellte, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse muß Aufgabe der wirtschaftlichen Verbände bleiben, ist erfreulich, hoffentlich arbeitet er auch danach. Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes begünstigt in einseitiger Weise die Innungen. Deshalb müssen wir ihn ablehnen. Da die vorliegende Resolution dies nicht tut, ersuche ich um ihre Ablehnung.

Rösche (Bremen): Unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse können wir mit den Erfolgen unserer Bewegungen zufrieden sein. Daß die Arbeits- und Lohnbedingungen der Branchen noch viel zu wünschen übriglassen, ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß der Verband hier noch manche große Lücke aufweist. Die Kritik an dem Verhalten des Metallarbeiterverbandes ist leider nur zu berechtigt, und sie sollte den Vorstand des *NOGB*, endlich veranlassen, nach Ordnung zu sehen. Die Lehrlingsverhältnisse müssen allgemein geregelt werden. Viele Unternehmer betrachten die Lehrlinge als Ausbeutungsbjekte.

Lehmann (Zeulenroda): Wir haben Aufweisungen von Untermeherverbänden in Händen, die eine Sabotierung des Mantelvertrages bedeuten. Dagegen müssen wir uns wehren. Der Antrag, der eine tarifliche Bestimmung fordert, wonach Entlassung während einer Krankheit nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung zulässig ist, muß angenommen werden.

Sahn (Leipzig): Bei den nächsten Vertragsbewegungen müssen die Schutzbestimmungen des § 123 der Gewerbeordnung in die Verträge aufgenommen werden. Daß diese Forderung von großer Bedeutung ist, bewies das Verhalten der Unternehmer bei der letzten Bewegung im Holzgewerbe. Die Staffelung der Löhne in unseren Verträgen entspricht nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen. Da die Hilfsarbeiter und die Frauen im Produktionsprozeß eine immer größere Bedeutung erlangen, muß ihr Lohn den Löhnen der anderen Arbeiter besser angepaßt werden. Sonst fördern wir die Beschäftigung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf Kosten der Facharbeiter.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird abgelehnt.

Fischer (Viegnitz): Mit dem Ergebnis der Lohn- und Vertragsbewegungen in den letzten Jahren können wir im allgemeinen zufrieden sein. Für die Branchen muß mehr getan werden. Besonders wäre es zu begrüßen, wenn es gelänge, für die Korbmacher einen brauchbaren Reichstarifvertrag abzuschließen. In Schlesien besteht zwischen uns und den Funktionären der anderen Verbände im allgemeinen ein gutes Verhältnis.

Röhler (Reiz): Die Kollegen aus der Wertstatt denken über den Mantelvertrag für das Holzgewerbe und über die sonstigen Erfolge anders als die sogenannte Opposition. Sie danken der Verbandsleitung für ihre Arbeit. Jetzt untersteht dem Mantelvertrag nicht, wir haben örtliche Abkommen. Augenblicklich stehen wir in einer Bewegung. Leider fördern die Kommunisten auch hier mehr die Absichten der Unternehmer als die Interessen der Kollegen.

Weslhoje (Niesla): Der Verbandsvorstand hat seine volle Pflicht getan. Ganz besonders freuen wir uns über die Erfolge in den Lehrlingsfragen. In Sachsen verdienen die Kollegen in den gemischtgewerblichen Betrieben eher mehr als die Holzarbeiter im Holzgewerbe, dank unserem Zusatzabkommen zum Vertrag für die Metallindustrie. Gegen die heutige Ortsklasseneinteilung im Bereich des Mantelvertrages für das Holzgewerbe habe ich große Bedenken. Die Zahl der Klassen muß kleiner werden. Für die Flugschiffswerften sollte eine einheitliche Lohnpolitik angestrebt werden. Die Entschließung zur Lehrlingsfrage müssen wir annehmen.

Remde (Blauen): Die Bestimmungen über die Lehrlinge im Mantelvertrag sind ein erster Versuch in dieser Richtung. Den Unternehmern gehen sie aber schon viel zu weit, sie versuchen sie zu umgehen. Die Regelung der Lehrlingsverhältnisse gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, deshalb bin ich über den Regierungsentwurf eines Berufsausbildungsgesetzes nicht sonderlich erfreut. Wenn er nicht wesentlich verbessert wird, schadet das Gesetz uns mehr, als es nutzen kann.

Göh (Dachau): Auch meine Kollegen sind mit den Erfolgen in der Lohn- und Vertragsbewegung im allgemeinen zufrieden. Bei der nächsten Bewegung muß natürlich versucht werden, weitere Verbesserungen des Mantelvertrages und aller anderen Verträge zu erreichen.

Kuntze (Breslau): Jeder, der die Dinge objektiv betrachtet, wird sich über die Erfolge freuen. Nun muß versucht werden, den Mantelvertrag auch überall durchzuführen. Wir stehen seit Wochen im Kampfe mit der Tischlerzwangsinnung, die den Mantelvertrag nicht anerkennen will. Auch bei uns werden die Tischlermeisterföhne als Streikbrecher verwendet. Die Unternehmer bilden sich hier eine Schutztruppe heran, der wir einige Beachtung schenken müssen. Was hier über die Verhältnisse in den gemischtgewerblichen Betrieben gesagt worden ist, unterschreibe ich. Der *NOGB* muß hier für Ordnung sorgen.

Götting (Braunschweig): Die Unternehmer der Klavierindustrie benutzen die ungünstige Geschäftslage als Druckmittel zur Verschlechterung der Lohnbedingungen. Redner schildert die örtlichen Verhältnisse dieser Industrie. Die Herausnahme der Klavierindustrie aus dem Bereich des Mantelvertrages für das Holzgewerbe müssen wir ablehnen. Meine Kollegen wünschen eine neue Brandentwerfung.

Bräseman (Frankfurt a. d. O.): Die Erfolge der Vertragsbewegung waren gut. Man hätte aber die Verhandlungen nicht so lange hinziehen sollen. Bei künftigen Tarifabschlüssen sollte eine Gehaltszulage für die Maschinenarbeiter durchgesetzt werden.

Vettmer (Magdeburg): Bei der Modelltischlerkonferenz in Magdeburg im vorigen Jahre herrschte allgemeine Unzufriedenheit mit dem Metallarbeiter-Verband. Für die Wahrnehmung der Interessen der Modelltischler durch den Holzarbeiter-Verband hat sich auch die genannte Konferenz ausgesprochen. Die Modelltischler sind hochqualifizierte Arbeiter; in den Lohnarten, die der Metallarbeiter-Verband abschließt, wird das nicht berücksichtigt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dammner (Schlußwort): Wir werden uns auch weiter bemühen, die Interessen der einzelnen Branchen wahrzu-

nehmen. Voraussetzung für den Erfolg ist der Ausbau der Organisation. In der Diskussion ist das, was ich bezüglich der Verhältnisse in den gemischtgewerblichen Betrieben gesagt habe, unterstrichen worden. Die Bestimmungen im Statut des ADGB sind ausreichend, sie müssen nur beachtet werden. Dabei sei bemerkt, daß unser Verhältnis zum Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes durchaus kameradschaftlich ist. Aber seine Organe wollen in den Betrieben keine andere Organisation neben sich gelten lassen. Die Klagen beziehen sich nur auf die Großbetriebe der Metallindustrie. Wir sind bemüht, den Beschlüssen der Modellfachkonferenz Geltung zu verschaffen; wir können aber nichts erreichen ohne die tätige Mitwirkung der Kollegen. In der Waggonindustrie machen sich beachtliche Umstellungen bemerkbar. Wichtig ist auch, daß im Güterwagenbau die Holzarbeit mehr und mehr verschwindet. Das gilt auch für die Personenzüge. Wir haben uns an den Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes gewandt wegen eines Vorstoßes. Dort fanden wir grundsätzliche Zustimmung, aber es wurde geraten, zunächst noch die Entwicklung der zurzeit unklaren Verhältnisse abzuwarten. Der Anregung, die Bewegungen auf den Fließschiffwerften gleichzeitig zu führen, werden wir nachgehen. Die Schwierigkeiten der Branchenbewegung sind bekannt. Hoffentlich wird die hier gepflogene Aussprache zu einer Belebung der Agitation führen. (Beifall.)

Schleicher (Schlußwort): Über die grundsätzliche Einstellung zur Lohnbewegung gibt es im Verbande kaum eine Meinungsverschiedenheit. Deshalb haben wir eine Entschließung nicht eingebracht. Über die aus Halle vorgelegte Entschließung braucht man nicht zu reden, der Verbandstag mag entscheiden. Die Lohnstaffelung ist kritisiert worden. Hierbei bestehen Meinungsverschiedenheiten; aber die Verhandlungskommission hat sich bemüht, das Bestmögliche herauszuholen. Die Ortsklasseneinteilung erfolgt durch die Bezirke, für sie ist der Vorstand nicht verantwortlich. Wir haben eine reichszentrale Regelung angestrebt, ohne sie jetzt schon erreichen zu können. Die Frage wird aber nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Das Problem des angeleiteten Arbeiters ist bei uns noch nicht so geklärt, daß wir zu einer einheitlichen Stellungnahme gekommen wären. Im Lager des Arbeitgeberverbandes liegen die Dinge ähnlich. Damit hängt auch das Problem des Maschinenarbeiters zusammen. Es wird kaum gelingen, eine Lösung der Frage zu finden, die alle Beteiligten befriedigt. Am Verhandlungstisch haben wir nach den Richtlinien gearbeitet, die uns die Konferenz der Maschinenarbeiter im vorigen Jahre gegeben hat. Dem Gedanken eines Kommentars zum Tarifvertrag kann man vielleicht näher treten. Gegen die vorgelegte Entschließung hat sich nur ein Redner ausgesprochen, anscheinend infolge eines Mißverständnisses. Wir halten an der tariflichen Regelung der Kostgeldsätze für die Lehrlinge fest, und wir wollen zum Ausdruck bringen, daß wir diese Auffassung mit der größten Fähigkeit verteidigen wollen gegenüber allen Gegnern. (Beifall.)

Die Entschließung zur Lehrlingsfrage, die Beirat und Vorberatungskommission vorgelegt haben, wird gegen wenige Stimmen angenommen. Die Resolution der Kommunisten wird mit gleichem Stimmenverhältnis abgelehnt.

Freigang (Berlin) berichtet namens der Vorberatungskommission über deren Stellung zu den vorliegenden Anträgen. Einige Anträge haben nicht die genügende Unterstützung gefunden. Nach dem Vorschlage der Kommission wird ein Teil der Anträge abgelehnt, andere werden dem Vorstand überwiesen. Angenommen wird nur ein Antrag, der verlangt, daß ein Reichstarif für die Sperrholzindustrie angestrebt werden soll. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Es folgt der Punkt:

Gewerkschaftskongreß 1928.

Jahn (Verbandsvorstand) berichtet über die Tätigkeit der beim Bundesvorstand eingerichteten Kommission zur Vereinheitlichung der inneren Einrichtungen der Verbände. Die Verwaltungsreform der dem ADGB angeschlossenen Verbände erstreckt sich nicht nur auf die Schaffung einheitlicher Mitgliedsbücher und einheitliche Beitragsmarken, auch die Höhe der Beiträge und der Unterstützungen soll nach Möglichkeit einheitlich gestaltet werden. Hierbei wird der Gedanke verfolgt, in den einzelnen Verbänden die Unterstützungen in ein bestimmtes Verhältnis zu den Beiträgen zu bringen dergestalt, daß die Höhe der verschiedenartigen Unterstützungen nach einem bestimmten Mehrfachen des Wochenbeitrages bemessen wird. Die Einrichtungen der Verbände zeigen in dieser Hinsicht große Unterschiede auf, es ist deshalb sehr schwer gewesen, eine einheitliche Formel zu finden. Wir haben den Richtlinien des ADGB zugestimmt und konnten es um so leichter tun, als die Unterstützungsätze unseres Verbandes nicht wesentlich von den Richtlinien abweichen. Das gilt insbesondere für die Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.

Tarnow bemerkt, daß bei diesem Punkte Gelegenheit gegeben ist, über allgemeine Gewerkschaftsfragen zu sprechen. Der Vorstand habe sich darauf beschränken wollen, den gegebenen Bericht zu erheben.

Siede (Hamburg): Die beschlossenen Richtlinien sind, soweit die Höhe der Streikunterstützung in Betracht kommt, nicht anwendbar. In vielen Verbänden werden höhere Unterstützungen gezahlt, als die Richtlinien vorsehen. Wenn die Vereinheitlichung hinsichtlich der Beiträge und Unterstützungen durchgeführt wird, dann dürfte sich herausstellen, daß manche Verbände, die geringe Aufwendungen für Streik- und Arbeitslosenunterstützung haben, große Überschüsse erzielen. Es wäre zu erwägen, eine Ausgleichskasse beim ADGB einzurichten, die sich augenblicklich nicht durchführen lassen, aber es sollte den Gedanken ins Auge fassen.

Siefmann (Bundesvorstand) dankt für die hier gegebenen Anregungen. Der Gedanke einer nationalen und internationalen Widerstandskasse wird längst erwogen, doch haben die Bewirtschaftung harter Hindernisse entgegen. Wir gehen davon aus, die Errichtung der Bundeskasse. Aber auch bei der Schaffung einer Widerstandskasse darf natürlich die Opferlosigkeit der Verbände nicht erlöschen. In keinem Bericht hat Scheidter das Fehlen eines Lohnbewegungsreferats beim Bundesvorstand bemängelt. Die Gewerkschaften haben sich das Recht der selbständigen Führung ihrer Lohnbewegungen vorbehalten. Aber der Gedanke wird erwogen,

die Lohnbewegungen mehr zu zentralisieren. Schon seit längerer Zeit sucht der Bundesvorstand die geeignete Kraft zur Leitung eines solchen Referats. Der seitigerer Lohnpolitischer Ausschuss hat nicht die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Es fehlt eben an dem Leiter, den wir noch nicht gefunden haben. Bei der Bedeutung des Holzarbeiter-Verbandes auf diesem Gebiet möchte er die dringende Bitte an Schleicher richten, sich mehr den Aufgaben des Lohnpolitischen Ausschusses zu widmen. Der ganze Bundesvorstand würde eine solche Mitarbeit mit großer Freude begrüßen.

Schlieter (Bremen): Die viel gerügten Mängel in den Zusammenarbeiten der Gewerkschaften in den gemischtgewerblichen Betrieben zeigt, wie notwendig die Vereinheitlichung der Verbandseinrichtungen ist. Zum mindesten muß unser Verband die Streikunterstützung erhöhen.

Schleicher (Verbandsvorstand): Der von Grafmann gewünschte Mann zur Leitung des Lohnbewegungsreferats beim ADGB ist sicher vorhanden. Aber anscheinend stellt man zu hohe Anforderungen. Ich bin aus dem Lohnpolitischen Ausschuss ausgetreten, weil es mir nicht gelungen ist, eine Sitzung dieses Ausschusses zustande zu bringen, als sie notwendig war. Es hat deshalb Auseinandersetzungen in unserem Verband gegeben. Ich bin bereit, im ADGB mitzuarbeiten, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Tarnow stellt fest, daß, wenn die hier geäußerten Ansichten bezüglich der Streikunterstützung vom Verbandstag geteilt werden, das bedeuten würde, daß eine Änderung der Richtsätze in diesem Punkte gewünscht wird. Dazu Stellung zu nehmen, wird bei Beratung der Anträge möglich sein. Der Bericht der Reformkommission ist uns erst spät zugegangen, er wird vervielfältigt den Verwaltungsstellen zugestellt werden.

Freigang berichtet namens der Vorberatungskommission über die vorliegenden Anträge. Sie werden bis auf zwei, die nicht genügend unterstützt waren, durch den Bericht von Jahn, dem zugestimmt wird, als erledigt bezeichnet. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 26. September.

Zur Beratung steht der vierte Punkt der Tagesordnung: **Sachfragen und Probleme der Rationalisierung.**

Tarnow hält hierzu ein ausführliches Referat, in welchem er die folgende Entschlußung begründet:

„In Übereinstimmung mit der allgemeinen gewerkschaftlichen Auffassung begrüßt der Verbandstag jede Verbesserung der Produktionsverhältnisse als eine Voraussetzung für die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards und die Verbesserung in der Lage der Arbeiterschaft.“

Die Bejahung des wirtschaftlichen Fortschrittes ist aber nicht gleichbedeutend mit der Anerkennung der Rationalisierungsmethoden des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Der Verbandstag erkennt, daß dieses System in der Gegenwart schneller als zu irgendeiner früheren Zeit die produktiven Kräfte vermehrt, ohne aber die Fähigkeit aufzubringen, den Güterverbrauch ebenso schnell zu entwickeln wie die Kunst der Gütererzeugung. Aus diesem Mißverhältnis ergeben sich zwangsläufig eine große Arbeitslosigkeit, vermehrte Unsicherheit der Existenz für die Arbeiter und eine unrationelle Verschwendung volkswirtschaftlicher Erzeugungskraft. Was geeignet wäre, den allgemeinen Wohlstand zu erhöhen, wird infolgedessen zu einer Quelle drückender Not und größeren Elends für die arbeitenden Massen.

Der Verbandstag ist sich bewußt, daß die Fortschritte der Technik und der Arbeitsorganisation nicht aufgehalten werden können und daß dies auch nicht im Interesse der Arbeiterklasse läge. Das Mißverhältnis zwischen Produktionskraft und Verbrauchskraft muß vielmehr beseitigt werden durch eine Hebung der Massentaufkraft, die durch die Lohnarbeitende Klasse repräsentiert wird. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert sowohl eine auf dieses Ziel gerichtete wirtschaftliche und soziale Politik des Staates wie den unmittelbaren Einsatz der gewerkschaftlichen Macht zur Erhöhung des realen Lohnes. In dem Maße, wie auf diesen beiden Wegen Fortschritte gemacht werden, wird auch die Freiheit des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems zuunseren gesellschaftlichen Wirtschaftsmacht eingeschränkt. Das Ziel dieser Entwicklung der wirtschaftlichen Demokratisierung kann kein anderes sein als die Beseitigung des privatkapitalistischen durch den Aufbau des gesellschaftlichen Wirtschaftssystems.

Die Überwindung der sozialen Aabel, die sich aus der gegenwärtigen Rationalisierungspraxis ergeben, hängt deswegen entscheidend von der Kraft des gewerkschaftlichen Lohnkampfes und von dem Einfluß der Arbeiterklasse im Staat und auf die Gesetzgebung ab.“

(Wir werden das Referat des Kollegen Tarnow in der nächsten Nummer nachtragen.)

Nachdem Tarnow seinen Vortrag, dem der Verbandstag mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt war, unter starkem Beifall beendet hat, wird die Diskussion eröffnet.

Leistner (Zwickau): Dieses glänzende Referat bedeutet den Höhepunkt des Verhandlungstages. Es sollte im Sonderdruck veröffentlicht und ihm eine möglichst weite Verbreitung gegeben werden. Aber trotzdem kann ich der Resolution nicht zustimmen. Den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung hat Tarnow in der gleichen Weise geschildert, wie er im kommunistischen Manifest dargestellt ist. Aber Tarnow schreckt noch davor zurück, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Ganz richtig sagte Tarnow, daß wir uns nicht gegen die Rationalisierung wenden dürfen. Leider können viele Arbeiter die Entwicklungsstadien nicht erkennen. Wenn sich die Produktionsmittel in der Weise entwickeln, wie es Tarnow richtig dargestellt hat, kann sich die Lage der Arbeiter nicht bessern, sondern nur das Heer der Arbeitslosen wächst. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft ist es nicht getan. Ich wünsche, daß die gewerkschaftliche Macht so groß würde, um eines Tages das kapitalistische Wirtschaftssystem zu stürzen. Der letzte Kampf wird ein politischer sein.

Bauer (Ludenswalde): In dem Referat scheint die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit zu wenig gewürdigt zu sein. Nicht darauf kommt es an, wieder Arbeiter in einem

Betrieb beschäftigt sind, sondern welchen Gewinn der Unternehmer aus ihnen zieht. Das Arbeitslosenproblem führt zu der Forderung, daß der Staat für die Arbeitslosen zu sorgen hat. Früher haben wir die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Verlangen nach Freizeit begründet. Heute sehen wir, daß die Massenarbeitslosigkeit geeignet ist, die Moral zu untergraben, daß sie Familienglück untergräbt. Deshalb müssen wir für Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Konsumkraft der Massen eintreten.

Hier wird abgebrochen. Die Nachmittagsitzung fällt aus, weil der Verbandstag einer Einladung der Bremer Kollegen zu einer Dampferfahrt Folge leistet.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 27. September.

Cohrs (Hamburg): Bei der Rationalisierung spielt die Arbeitsdisziplin eine nicht unbedeutende Rolle. Als Beispiel sei die Fischkistenindustrie genannt, wo binnen kurzer Zeit die Leistung ganz bedeutend gesteigert wurde, und zwar lediglich durch stärkere Anspannung der Arbeitskraft. In der Pianoindustrie wurde das Sprühverfahren eingeführt und deshalb die Löhne der Fertigpolierer ganz bedeutend herabgesetzt. Trotdem die Beteiligten ganz energisch gegen den zu starken Abbau protestieren, erzielten die Fertigpolierer bald höhere Überverdienste als früher. Das ist ein Mangel an Arbeitsdisziplin, der mit dazu beigetragen hat, daß die Arbeitslosigkeit einen so großen Umfang angenommen hat.

Pinnow (Oderberg): In den Sägewerken ist die Leistung ganz bedeutend gesteigert worden ohne nennenswerte Verbesserung der Maschinen. Während ein Sägewerk früher bei 10stündiger Arbeitszeit rund 2000 Festmeter schnitt, beträgt die Produktion heute, beim Achtstundentag, 3500 Festmeter. Wobei zu beachten ist, daß die Arbeiterzahl fast gleich groß geblieben ist. Die Beaufsichtigung der Arbeiter mit Hilfe der Stoppuhr hat zu einer starken Antreiberei geführt. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes läßt sich erzielen durch Förderung der Bauwirtschaft.

Schubert (Wiesbaden): Die wichtigste Aufgabe der Arbeiterschaft muß es sein, die Lebenshaltung der Opfer der Rationalisierung sicherzustellen. Dabei gibt es rückständige Wirtschaftspolitik, die nach einer Verlängerung der Arbeitszeit rufen. In Wiesbaden hat der Magistrat die Pflichtarbeit für die Arbeitslosen eingeführt, wodurch reguläre Arbeitskräfte erübrigt werden. Dagegen müssen wir uns wehren, das Ziel muß sein, die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzureihen. Dazu gehört eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Tarnow (Schlußwort): Das Problem der Rationalisierung ist so vielgestaltig, daß ich nicht alle Seiten berücksichtigen konnte. Dazu gehört die Auswirkung der Rationalisierung auf den arbeitenden Menschen. Mit den Fortschritten der Technik ist das Leben des Arbeiters in mancher Beziehung erträglich geworden. So hat die Maschine dem Arbeiter viele anstrengende Tätigkeiten abgenommen. Anders ist es mit den seelischen Auswirkungen. Aber hier wird manches schwarzer gesehen als es ist. Die Arbeit ist auch früher nicht als Ausdruck reiner Freude, sondern mehr als ein notwendiges Übel angesehen worden. Die Arbeitsfreude liegt nicht allein bei der Arbeit, sondern in dem Lebensgenuß, den der Ertrag der Arbeit dem Arbeiter gewährt. Deshalb führt die Mechanisierung der Arbeit nicht notwendig zur Herabminderung der Arbeitsfreude. Die wirtschaftlichen Erfolge der Rationalisierung müssen zur Hebung der sozialen Lage der Arbeiter führen. Beachtenswert waren die Hinweise auf die Arbeitsdisziplin. Der Arbeiter hat ein moralisches Recht auf Bezahlung seiner Mehrleistung, ganz besonders dann, wenn diese Mehrleistung durch gesteigerte Aufwendung von Arbeitsenergie erzielt wurde. Der innere Widerspruch in der Resolution, den ein Redner gefunden zu haben glaubt, ist nicht vorhanden. Der Erfolg des Kampfes um Verbesserung der Lebenshaltung ist abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Ertrage der Wirtschaft. Die Arbeitslosen leben heute besser als die Arbeitenden zur Zeit der Abfassung des kommunistischen Manifestes. Die dort niedergelegten Feststellungen waren zu ihrer Zeit richtig, aber sie sind nicht ewig unwandelnbare Wahrheiten.

Die vorgelegte Entschlußung wird gegen einige Stimmen angenommen. Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Der Internationale Holzarbeiterkongreß.

Behmann (Verbandsvorstand): Der Internationale Kongreß hat infolge Verschiebung unseres Verbandstages vor diesem stattgefunden, die Haltung unserer Delegierten wäre aber auch schwerlich anders gewesen, wenn sie vorher von einem Verbandstage instruiert gewesen wären. Der Kongreß hat sich mit der Russenfrage und mit der Sicherung des Internationalen Sekretariats beschäftigt. In der sogenannten Russenfrage ist erneut festgestellt worden, daß mit der Moskauer Internationale ein Zusammenarbeiten in keiner Weise möglich ist. An Stelle des zurückgetretenen Kollegen Moubenbergs (Amsterdam) wurde Kollege Tarnow zum Internationalen Sekretär gewählt und der Sitz des Sekretariats nach Berlin verlegt. Das Referat unseres Kollegen Kayser über den Unfallschutz in der Holzindustrie wurde mit großem Interesse entgegengenommen. Einen starken Eindruck machte die am Schluß des Kongresses veranstaltete große Demonstration der Jugend. Mit dem Ergebnis der Heidelberger Tagung können wir durchaus zufrieden sein.

Somieski (Galle) tritt für das Zusammenarbeiten der Internationalen mit den Russen ein und legt eine dahingehende Resolution vor. Diese Resolution wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung:

Beratung der Statuten und Anträge.

Freigang (Berlin) berichtet namens der Vorberatungskommission über deren Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen. Die Anträge, die eine Änderung der Beitragsleistung und der sozialen Unterstützungen bezwecken, werden entsprechend den Vorschlägen der Kommission abgelehnt. Für die Streikunterstützung legen Verbandsvorstand und Vorberatungskommission einen Antrag vor, der eine Erhöhung der Streikunterstützung um durchschnittlich 10 Prozent vorsieht. Die Kinderzuschläge sollen in

erheblich stärkerem Maße erhöht werden. Nach diesem Vorschlag erhalten im § 51 des Statuts die Wölfe 1, 2 und ein neu einzuflügender Absatz 7 die folgende Fassung:

1. Die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen beträgt wöchentlich nach einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von

Table with 6 columns: Beitrag (Pf.), 26 Woch., 52 Woch., 156 Woch., 260 Woch., 520 Woch. Rows show amounts for 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160 Pf. contributions.

2. Außerdem wird den Mitgliedern für jedes nicht erwerbstätige Kind unter 16 Jahren ein Zuschlag gewährt. Dieser beträgt pro Kind und Woche bei einem Wochenbeitrag von 30 bis einschließlich 40 Pf. Beitrag 120 Pf.

Small table showing additional contributions for children: 50 Pf. = 70 Pf., 80 Pf. = 100 Pf., 110 Pf. = 130 Pf., 140 Pf. = 160 Pf.

Folgender Absatz 7 wird neu angefügt:

7. Mitglieder, die mindestens 52 Lehrlingsbeiträge entrichtet haben, erhalten nach Leistung von weiteren 13 Vollbeiträgen die Unterstützungssätze, die nach 26 Wochen Mitgliedschaft gezahlt werden.

In der lebhaften Aussprache über diesen Antrag wird auch die Höhe des Beitrages erörtert; von verschiedenen Rednern wird verlangt, daß der Vorstand mehr noch als bisher darauf achten soll, daß überall der Beitrag in der dem Lohn entsprechenden Höhe gezahlt wird.

Ein Antrag, der bei wiederholtem Beitritt ein höheres Beitrittsgeld verlangt, wird abgelehnt mit dem Hinweis, daß es den Verwaltungsstellen freisteht, solche Beschlüsse zu fassen.

Im § 18 des Statuts wird der Höchstbetrag der Reiseunterstützung, die ohne Wartezeit nach Entrichtung von 52 Lehrlingsbeiträgen gewährt werden kann, auf 42 M. festgesetzt.

Im § 12, Absatz 6 des Statuts ist von der Ermäßigung des Beitrages für solche Mitglieder die Rede, die länger als zwei Wochen nicht mehr als 32 Stunden wöchentlich arbeiten. Hier heißt es nunmehr 34 Stunden.

Im § 35 des Statuts ist von der Wartezeit zur Erlangung der Arbeitslosenversicherung die Rede. Hiernach können mehrere durch vorübergehende Beschäftigung unterbrochene Arbeitslosigkeiten von kürzerer Dauer zur Erfüllung der Wartezeit zusammengerechnet werden, sofern sie nicht länger als vier Wochen zurückliegen.

Mehrere Anträge, welche die Möglichkeit schaffen wollen, auch an die Hinterbliebenen lediger oder verwitweter Mitglieder ein Stiergeld zu zahlen, werden durch die Erklärung des Vorstandes erledigt, daß in dieser Hinsicht eine weitergehende Praxis Platz greifen soll.

Die Bestimmungen über die Invalidenversicherung werden als § 83 in das Statut eingefügt. Der seitherige § 83 wird als letzter Absatz dem § 82 angehängt.

Mehrere Anträge beziehen sich auf den Rechtsschutz des Verbandes. Sie verlangen die Übernahme von Rechtsschutzkosten auf die Verbandskasse in weiter gehendem Maße, als das bisher der Fall war. Diese Anträge werden abgelehnt. Der gegenwärtige Wortlaut des Statuts wird also nicht geändert, doch wird vom Vorstand eine liberalere Handhabung der Bestimmungen zugesagt.

Die vorliegenden Anträge auf Zusammenlegung der Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung zu einer einheitlichen Unterstützung gehen von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Es wird beschlossen, sie dem Vorstand als Material zu überweisen. Gegebenenfalls soll dem nächsten Verbandstag eine Vorlage unterbreitet werden.

Die Beratung der Anträge wird hier unterbrochen zur Entgegennahme des

Berichtes der Beschwerdekommision.

Spill (Danzig) als Berichterstatter: Die Kommission hatte sich mit einer Reihe von Beschwerden gegen Ausschüsse zu beschäftigen. Sie stellte sich dabei grundsätzlich auf den Standpunkt, daß die Tätigkeit der „Keimzellen“, der sogenannten Gewerkschaftsopposition, den Beschlüssen der Verbandstage widerspricht.

Schönfeld (Durgshärd.) bittet, die langjährige Tätigkeit der ausgeschlossenen Mitglieder zu berücksichtigen.

Hartig (Chemnitz): Die Verwaltung in Chemnitz hat dem Streifen der Kommunisten gegenüber eine unglaubliche Langmut bewiesen. Aber schließlich ging es nicht weiter. Haben doch die Ausschlossenen in einem Flugblatt, das sie der Holzarbeiter-Zeitung beilegen, behauptet, der Vorstand

habe für 1 Pf. Lohnerhöhung die Mitglieder an die Unternehmer verraten und verkauft. Wenn je ein Ausschluß mit Recht erfolgte, dann war es in Chemnitz der Fall.

Spill: Man muß sagen, daß auch der Vorstand eine Langmut bewiesen hat, die fast als zu weitgehend bezeichnet werden muß. — In München ist ein Mitglied aus den gleichen Gründen ausgeschlossen worden, das sich gewerkschaftsschädigend in Verbänden anderer Berufe betätigt hat.

Sill (Köslin): Es kommt auch vor, daß auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in Versammlungen anderer Verbände gehen. Der Vorstand schließt seine besten Mitglieder aus.

Somolka (München): Gegen den Ausschluß in München haben sich nicht einmal die Genossen des Ausgeschlossenen gewendet.

Spill: Der Beschwerdeführer in Bitterfeld hat neben seinem verbandsschädigenden Verhalten auch einen besonders niedrigen Charakter bewiesen. — In Spremberg war der Ausschluß des Beschwerdeführers durch ein ganz besonders unkollegiales Verhalten veranlaßt. — In Billingen hat sich ein ausgeschlossenes Mitglied beschwert, dessen Ausschluß durch Veruntreuung von Verbandsgeldern veranlaßt war.

In allen diesen Fällen weist der Verbandstag die Beschwerde gegen den Ausschluß nach dem Vorschlage der Beschwerdekommision zurück.

Spill berichtet weiter über eine Beschwerde der Verwaltungsstelle Merseburg gegen den Vorstandsvorstand, der die Übernahme einer zu Unrecht ausgezahlten Steuerunterstützung abgelehnt hat. Dem Vorschlage auf Zurückweisung der Beschwerde wird zugestimmt.

Spill: In Breslau haben einige Kollegen die Arbeit eingestellt, weil sie ihren Lohn nicht erhalten hatten. Für diese Kollegen wurde Streikunterstützung beantragt, die der Vorstand abgelehnt hat. Die Kommission hat anerkannt, daß die Haltung des Vorstandsvorstandes richtig war. Sie weist die Beschwerde zurück, empfiehlt jedoch dem Vorstand, aus Billigkeitsgründen der Verwaltung Entgegenkommen zu zeigen.

Der Verbandstag beschließt nach dem Vorschlage der Kommission. Es folgen die

Wahlen.

Die seitherigen geschäftsführenden Vorstandsmitglieder werden in einem Wahlgang gegen 7 Stimmen wiedergewählt, und zwar: Vorsitzender Tarnow, stellvertretende Vorsitzende Schneegäß und Schleicher, Kassierer Lehmann, Sekretäre Dammmer und Jahn. Nach dem Vorschlage der Verwaltungsstelle Berlin werden auch die seitherigen Beisitzer im Vorstand wiedergewählt. Es sind das die Kollegen Lindemann, Wilhelm, Tischler, Lemke, Ernst, Tischler, Sirse, Wilhelm, Klavierarbeiter, Leopold, Richard, Tischler, Dornau, Robert, Klavierarbeiter, Haufe, Ostar, Modelltischler, und Berg, Richard, Tischler. Als Ersatzmänner für die Beisitzer werden gleichfalls auf Vorschlag der Verwaltungsstelle Berlin gewählt die Kollegen: Bittner, Heinrich, Hoffmann, Wirmeister, Heese, Bencke und Rasdorff.

Der Verbandsausschuß hat seinen Sitz in Stuttgart. Nach dem Vorschlage der Verwaltungsstelle Stuttgart werden als Mitglieder des Ausschusses gewählt die Kollegen Haug, Paul, Mögler, Karl, Fuchs, Wilhelm, Urbicht, Karl, Fischer, Adolf, Reinz, Albert, und Kreuzburg, Friedrich. Als deren Ersatzmänner die Kollegen Baish, Rübler, Bach, Hofmeister, Kirchner, Schoß und Schäfer.

Ohne Widerspruch werden auch die seitherigen Gauvorsteher in ihrem Amt bestätigt. Für den Verbandsberrat entsendet jeder Gau ein Mitglied. Diese Mitglieder werden von den Gautagen vorgeschlagen, ihre Wahl erfolgt durch den Verbandstag. Für die nächste Periode gehören dem Berrat als Vertreter der Gause die folgenden Mitglieder an:

Table listing Gau representatives and their Stellvertreter. Columns: Gau, Beiratsmitglieder, Stellvertreter. Rows include Ostpreußen, Stettin, Breslau, Brandenburg, Verw. Berlin, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart.

Dem Verbandsberrat gehören außerdem auf Grund ihres Amtes an: die Mitglieder des Vorstandsvorstandes, die Gauvorsteher und die Redakteure der Holzarbeiter-Zeitung.

Nach der Bornahme der Wahlen vertagt sich der Verbandstag.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 28. September.

Die gestern abgebrochene Beratung der Anträge wird fortgesetzt. Beschlossen wird, daß das vom Gautag gewählte Beiratsmitglied ohne Stimmrecht am Gautag teilnimmt. Ein Antrag, den Verbandstag nur alle drei Jahre abzuhalten, wird abgelehnt. Hierzu soll auf dem nächsten Verbandstag Stellung genommen werden. Beschlossen wird, daß der Kommission zur Vorberatung der Anträge zum Verbandstag auch ein Gauvorsteher angehören soll. Ein Antrag, der die Verbandstage schon oft beschäftigt hat, wird diesmal durch Annahme erledigt. Der Antrag auf Abschaffung der Listenabrechnung wird angenommen. Es wird weiter beschlossen, daß künftig an den Verbandstagen alle Mitglieder des Verbandsvorstandes sowie zwei Vertreter des Verbandsausschusses teilnehmen. Gelegentlich der Beratung eines Antrages, der sich auf diesen Gegenstand bezieht, wird festgestellt, daß sich unter den 200 Delegierten zum Verbandstag 64 Angestellte befinden. Die Beschlüsse werden also in ganz überwiegendem Maße von werktätigen Kollegen gefaßt.

Die übrigen Anträge werden nach den Beschlüssen der Vorberatungskommission erledigt. Die meisten werden ab-

gelehnt. Angenommen wird u. a. ein Antrag, der die Verbandsmitglieder, die in einem anderen Ort Montagearbeiten ausführen, verpflichtet, sich bei der Ortsverwaltung des Montageortes zu melden. Bei der Beratung von Anträgen, die sich auf das „Fachblatt für Holzarbeiter“ beziehen, wird dieser fachtechnischen Zeitschrift hohe Anerkennung gezollt und der Wunsch ausgesprochen, daß der Abonnentenwerbung größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Einige Anträge, die sich auf den Ausbau der sozialpolitischen Beschäftigung beziehen, und andere, die Fragen allgemeiner wirtschaftspolitischer Natur zum Gegenstand haben, werden dem Vorstand als Material überwiesen.

Nach Erledigung der Anträge wird beschlossen, daß die vorgenommenen Änderungen des Verbandsstatuts mit dem 1. Oktober in Kraft treten.

Als Tagungsort für den nächsten Verbandstag sind Breslau und Königsberg vorgeschlagen. Es wird beschlossen, die Festlegung des Tagungsortes dem Vorstand zu überlassen.

Damit hat der Verbandstag seine Tagesordnung erledigt.

Martin Petersen (Kopenhagen) spricht namens der ausländischen Delegierten den Dank für die genossene Gastfreundschaft aus. Aus den Verhandlungen haben die ausländischen Gäste vieles gelernt, was sie der heimischen Organisation nutzbar machen werden. Einen starken Eindruck hat auf ihn die Einigkeit der Kollegenschaft gemacht, wie sie auf dem Verbandstag zum Ausdruck kam.

Tarnow beginnt seine Ausführungen mit Dankesworten an die Verwaltungsstelle Bremen, die den Verbandstag in vorzüglicher Weise vorbereitet hat. Er dankt der Arbeiterkammer und dem Bremer Senat sowie der Verwaltungsstelle und den städtischen Behörden in Bremerhaven für die dem Verbandstage bewiesene Gastfreundschaft. Unter lebhafter Zustimmung der Delegierten dankt er auch der „Bremer Volkszeitung“ für die vorzüglich organisierte Berichterstattung vom Verbandstag.

Der Verbandstag war ein Verbandstag der Geschlossenheit und Festigkeit. Die Einmütigkeit bei der Beschlussfassung war größer als je zuvor auf einem Verbandstage. Das war aber nicht etwa der Ausdruck einer gedankenlosen Unterstellung unter die Führung des Vorstandsvorstandes. Die einmütigen Beschlüsse sind zum Teil nach lebhaften Debatten zustande gekommen. Die Geschlossenheit des Verbandstages wird noch besonders unterstrichen durch die Tatsache, daß mehr als zwei Drittel der Delegierten werktätige Kollegen sind. Diese Einmütigkeit und Geschlossenheit brauchen wir aber auch, wenn wir weiterhin Fortschritte erzielen wollen. Der Arbeiterschaft stehen wichtige Entscheidungen bevor. Am Montag wird im Reichstag der Endkampf gegen den geplanten Abbau der Arbeitslosenversicherung beginnen. In der auswärtigen Politik sind jetzt die Grundlagen für eine internationale Verständigung gelegt. Die Vereinigung der Gegenläufer in der Weltpolitik ist eine Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft, auch in unserem Lande. Der Young-Plan enthält, trotz der erzielten Milderung, noch schwere Lasten für uns. Die Änderungen in der Verteilung der Lasten werden auch für die Arbeiterschaft von weittragender Bedeutung sein und sie verlangen unsere volle Aufmerksamkeit. Wir haben das Rationalisierungsproblem behandelt und dabei gesehen, daß gewaltige technische und wirtschaftliche Änderungen vor sich gehen. Gerade in diesen Tagen haben wir eine gewaltige Konzentration der Kapitalmacht erlebt. Die Verschmelzung der beiden großen Banken bedeutet eine kapitalistische Konzentration von bisher nicht erlebtem Ausmaß. Auch in der Industrie macht der Zusammenbruch immer größere Fortschritte. Das sind Vorgänge von nicht zu unterschätzender Bedeutung auch für die Arbeiterschaft. Wir müssen gerüstet sein, um schädliche Auswirkungen abzuwehren. Wir müssen die Kraft der Arbeiterschaft zusammenfassen, um unseren Einfluß auf die öffentlichen Gewalten zu steigern. Dieser Lage hat in Düsseldorf der Reichsverband der Industrie getagt. Aus den Reden, die dort gehalten wurden, erkennt man, daß auch die Industriellen die Arbeiterbewegung als einen Machtfaktor respektieren, der auf den Gang der ökonomischen Entwicklung Einfluß gewonnen hat. Noch vor 30 Jahren hat auf einer solchen Tagung der Führer der Industriellen erklären können, man müsse dem Arbeiter begreiflich machen, daß der Arbeitslohn eine in Gnaden gemachte Zuwendung an die Arbeiter ist, für die diese dankbar sein müssen. Heute kann man solche Reden nicht mehr halten. Jetzt haben auf der Tagung der Industriellen die Möglichkeiten der Demokratisierung der Wirtschaft in allen Referaten eine große Rolle gespielt. Daraus kann man erkennen, wie notwendig Einigkeit und Geschlossenheit für die Arbeiter sind. Hierfür war unser Verbandstag ein Vorbild.

Tarnow schließt mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband, in das die Delegierten begeistert einstimmen. Mit dem Gesang des Sozialistenmarsches findet der Verbandstag seinen Abschluß.

Mitteilungen des Vorstandes.

Neuer Männerkursus an der Heimvolkshochschule in Linz.

Der nächste Männerkursus in Linz beginnt am 15. Januar 1930. Aufnahme finden unverheiratete Bewerber im Alter von 18 bis 30 Jahren. Bewerbungen, denen ein handschriftlich geschriebener Lebenslauf beizufügen ist, sind bis spätestens 12. Oktober 1929 an den Vorstand einzureichen. Es sind auch Angaben zu machen über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und besonders in unserem Verband. Ferner ist ein Gutachten der Ortsverwaltung mit einzusenden.

Das Thema für eine anzufertigende Probearbeit wird den Bewerbern nach Eingang ihrer Bewerbung mitgeteilt. Der Vorstand.

Mit Zufahren dieses Nummern ist Am 40. Wochensubskription fällig

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Stettin.

Vandeschleifmaschine, ledig, sofort gesucht.

Drechserei mit Kraftbetrieb billig zu verkaufen.

Leimlöten, Furnierböcke

Laubsäge KATALOG GRATIS

Kaufwerte, la Qualität, Doppelschneidwerk

CARL LEGIEN Ein Gedenkbuch von Th. Leipart

In unserem Verlage erschien soeben: FRANZ DENNER Die arbeitsparende Wohnung

„Wie der Tischler zeichnet“ findet man in den beiden Bänden PRAKTISCHE WINKE

BAND I in Ganzleinen gebunden, enthält: Wie konstruiere ich? Massnahmen im Bau

Um den vielfachen Anfragen zu begegnen, biete ich hiermit an: Sportschützen-Kulen

Herren-Ankeruhr 2 Jahre Garant., Zahl 1-24

KOLLEGEN! Hobelbänke u. Werkzeuge

Tischlerschule Blankenburg am Harz

Hobelbänke 82 Mark 2m hintere Blattlänge, Stahlspindel

Tischlerfachschule Hmenau i. Thür.

Geim- u. Furnieröfen fertiger als Spezialität

Gidit? Piperazin Salz

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutfüllend

Polierer, Beizer, Sichel müssen heute

Neue Gänsefedern, wie von der Gans gerupft

Hochwertige Anoden-Batterien fabrikfrisch, m. Gittervorspannung

Böhmische Bettfedern aus erster Hand, 1 Pfund graue

Empfehlenswerte Fachbücher für Verbandsmitglieder zu Vorzugspreisen

Der beste Pulzhobel mit stets kleinem Raut u. nachstellbarem Keil

Bauschule Rastede i. O. von C. Rohde

Sage Deinem Betriebsleiter PORA

Hobelbänke, la Qualität, süddeutsche Ausführung

Diese Uhr 24-Stund.-Zifferblatt

Hobelbänke 75RM 2m lg., la Qualität

Betten aus dichtem Bett-Inlett Oberbett mit 7 Pfd.

Webwaren zu Fabrikpreisen Sonderangebot!

Webwaren zu Fabrikpreisen direkt an Fabrik

Wäschemanufaktur Nürnberg 69

Wir empfehlen: Flator: Kommentar zum Betriebsvertragsgesetz

Joeniger: Arbeitsrecht - 14. Auflage, 1929

Joeniger: Bürgerliches Gesetzbuch, 5. Auflage

Dothmar: Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgegesetz

Schirmer und Schabach: Formularbuch des Arbeitsrechts

Sommer: Die Zwangsvollstreckung aus arbeitsgerichtlichen

Führer durch das arbeitsgerichtliche Verfahren

Diebrandt: Jugendfürsorge und Jugendpflege

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Intorsien aller Art Katalog gegen 50 Pf.

Sprechmaschinen-Laufwerke

z. Selbst-einbau in Doppelschneckenfederwerk

ROBERT HUSBERG - Neuenrade

Webwaren zu Fabrikpreisen Sonderangebot!

30 Ungebleichtes Baumwollgewebe, leichte Sorte

31 Ungebleichtes Baumwollgewebe, etwas bessere

32 Ungebleichtes Baumwollgewebe, meine beste Sorte

33 Ungebleichtes Baumwollgewebe, prima, sehr haltbar